



# Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schilderstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 34.

Berlin, den 18. November 1917.

12. Jahrgang.

## Die Friedensoffensive der sozialen Republik.

Berlin, den 13. November 1917.

### Eine entscheidende Wendung der russischen Revolution.

Der 14. März 1917 ist der Tag, an dem der Zarismus durch den vereinten Anprall der revolutionären Kräfte des Bürgertums, des Proletariats und der in der Armee organisierten Bauern hinweggefegt wurde. Der 7. November 1917 bringt nach achtmonatlichen Klassenkämpfen innerhalb der Revolution die entschieden sozialistischen Elemente ans Ruder. Die Zeit der Koalitionen, des Faktierens mit dem Bürgertum ist vorbei. Das Ziel, dem die Revolution jetzt zusteuert, ist die soziale Republik.

Unter den weltumwälzenden Ereignissen der letzten Jahre sind die letzten Vorgänge in Rußland am bedeutsamsten und folgenschwersten. Sie sind von weltgeschichtlicher Tragweite, in der Entwicklungsgeschichte des Sozialismus aber bedeuten sie die entscheidende Feuerprobe, die zu erweisen hat, ob der revolutionäre Sozialismus schon heute seine Theorien in ökonomische und politische Wirklichkeiten umsetzen kann, ob seine bisherige politische und organisatorische Vorarbeit zur Eroberung und Behauptung der politischen Macht und zur Regelung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in international-sozialistischem Sinne genügt. Darum kann nicht oft genug betont werden, daß die Vorgänge im Osten nicht eine rein russische Angelegenheit sind, sondern daß es für jeden Proletarier heißt: Tua res agitur, um die eine Sache handelt es sich!

Geben wir zunächst unseren Lesern in großen Umrissen ein Bild von den Ereignissen der letzten Tage:

Wir haben fortlaufend von der Verschärfung der Klassenkämpfe innerhalb der russischen Revolution berichtet. Seit dem gegenrevolutionären Putschversuche Kornilows im September ist der Gegensatz zwischen revolutionärer Demokratie und Bürgertum immer größer geworden, größer geworden ist auch der Gegensatz zwischen den radikalen Sozialisten — den Bolschewiki, den internationalen Menschewiki und dem linken Flügel der Sozialisten-Revolutionäre — auf der einen Seite und den gemäßigten, an dem Gedanken einer Koalition mit dem Bürgertum festhaltenden Sozialisten auf der anderen Seite. Schon in der ersten Sitzung des aus der demokratischen Septemberkonferenz hervorgegangenen Vorparlamentes kam es zum Bruch: die Bolschewiki verließen den Saal, nachdem sie der Regierung Kerenskis und deren Anhängern ihre Halbheiten und ihren Verrat an der Revolution vorgeworfen hatten. Inzwischen stieg die Welle der Volkserbitterung, wie wir sie in der vorigen Nummer geschildert haben, und das Verlangen von Volk und Armee nach Frieden immer höher. In der Stille aber rüsteten die Bolschewiki politisch und militärisch zu einem entscheidenden Vorstoß, mit dem auch die Regierung rechnete und den zu parieren sie ihrerseits Vorkehrungen traf. Sie konnte aber nicht verhindern, daß in Petersburg, der Hauptburg der Bolschewiki, ein Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland zusammentrat, der den revolutionären Führern eine kraftvolle Rückenbedeckung bot. Ueber die weiteren Ereignisse geben die offiziellen Kundgebungen der jetzt ans Ruder gekommenen proletarischen Regierung Aufschluß, die wir um ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung willen, hier wiedergeben wollen. Das amtliche Telegraphenbureau Rußlands, die Petersburger Telegraphenagentur, konnte noch am 7. November im Auftrage der Kerenski-Regierung folgende Mitteilung in die Welt senden:

„Gestern abend hat sich der Konflikt zwischen dem Generalstab des Militärbezirks Petersburg und dem militärischen revolutionären Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates beträchtlich zugespitzt. Die von beiden Seiten eingeleiteten Besprechungen zur Beilegung des Konflikts wurden am Nachmittag abgebrochen, da der Ausschuss die Mitteilung erhielt, daß der Militärgouverneur von Petersburg im Laufe der Nacht Truppen in der Umgebung der Hauptstadt, besonders in Peterhof, Pawlowsk und Jaroskoje Selo herbeief. Angesichts dieser Tatsache gab der Ausschuss seinen Truppen Befehl, der Regierung nicht zu gehorchen. Eine weitere Zutreibung erfuhr die Lage dadurch, daß Kerenski drei maximalistische und zwei Blätter der Rechten verbot. Gegen 5 Uhr abends gaben die Behörden den Befehl, die Brücken zwischen den Arbeitervierteln und dem Zentrum der Hauptstadt zu zerstören und brachten so den Straßenverkehr der ganzen Stadt zum Stehen. Die Stadt wird von den der Regierung treuen Truppen militärisch bewacht.“

Am gleichen Tage aber war es mit dem Verfügungsrecht Kerenskis, der noch kurz vorher eine erbitterte Anklagerede gegen die Bolschewiki im Vorparlamente gehalten, aber selbst in dieser auf Vermittlung bedachten Körperschaft keine energische Unterstützung gefunden hatte, über das amtliche Telegraphenbureau zu Ende; dieses, die Banken und andere wichtige öffentliche Gebäude, waren von bolschewikitreuen Truppen besetzt worden. Im Auftrage des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte meldete jetzt die Petersburger Telegraphen-Agentur:

„An dem Hauptkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Rußland nahmen 500 Abgeordnete teil. Der vorläufige Vorsitzende schlug vor, ein Büro zu wählen, in das 14 Maximalisten, darunter Lenin, Bismarck und Trotsky, sowie 7 revolutionär-Sozialisten gewählt wurden. Der Kongreß billigte darauf folgende Tagesordnung:

1. Organisation der Macht,
2. Frieden und Krieg,
3. Verfassungsgebende Versammlung.

Darauf wählte er eine Abordnung, um mit den anderen revolutionären demokratischen Verbänden in Verhandlungen zur Verhinderung des Blutvergießens, das schon begonnen hat, einzutreten.

Der Kongreß der A- und S.-Räte aus ganz Rußland richtete einen Aufruf an alle russischen Armeen, in dem er sie auffordert, vorläufige revolutionäre Ausschüsse zu schaffen und diese verantwortlich für Aufrechterhaltung der revolutionären Ordnung und der Loyalität an der Front zu machen. Die Befehlshaber müssen den Befehlen des Ausschusses Folge leisten. Die Kommissare der Regierung werden abgesetzt und solche des Kongresses der A- und S.-Räte reisen an die Front.

In der Sitzung des Hauptkongresses der A- und S.-Räte berichtet ein Mitglied des revolutionären Ausschusses, daß Kerenski am 7. in Gatschina, 35 Werst von Petersburg, an eine Abteilung von 6000 Mann, die von der Front nach der Hauptstadt geschickt worden war, eine Ansprache gehalten habe. Nach Unterhandlungen habe die Abteilung erklärt, daß sie für den Augenblick von dem Marsch nach Petersburg abstehe. In derselben Sitzung erklärte der Vorsitzende des Petersburger A- und S.-Rates, Trotsky, daß die Verhaftung der ehemaligen Minister kein Akt der Rache oder der politischen Vergeltung sei. Alle sozialistischen Minister sowie die ganze Regierung würden wegen Teilnahme an der Verschwörung Kornilows vor Gericht gestellt. Der revolutionäre militärische Ausschuss hätte indes mit Rücksicht auf die politischen Parteien, denen die sozialistischen Minister angehörten, beschloßen, über sie die Haushaft zu verhängen.“

Das Ergebnis der Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte vom 7. November war die Aneignung der Staatsgewalt, was dem Volke durch folgende Proklamation bekannt gegeben wurde:

„1. An alle Räte, Abgeordnete, Arbeiter, Militärpersonen und Bauern in der Provinz! Die gesamte Gewalt steht dem Arbeiter- und Soldatenrate zu. Die Regierungskommissare werden von ihren Ämtern entbunden. Die Vorsitzenden der Arbeiter- und Soldatenräte stehen unmittelbar mit der revolutionären Regierung in Verbindung. Mitglieder der Bauern-

ausschüsse, die verhaftet wurden, sind sofort in Freiheit zu setzen und die Kommissare, die sie verhaftet ließen, sind ihrerseits zu verhaften.“

2. Die Todesstrafe, die von Kerenski an der Front wieder eingeführt war, wird aufgehoben. Die vollständige Freiheit der politischen Propaganda an der Front wird wieder hergestellt. Alle revolutionären Soldaten und Offiziere, die unter der Beschuldigung sogenannter politischer Verbrechen verhaftet wurden, sind sofort in Freiheit zu setzen.

3. Die früheren Minister Konovalow, Rischkin, Tereschenko, Maliantowitsch, Rikitin und die anderen sind von revolutionären Komitee verhaftet worden. Kerenski hat die Flucht ergriffen. Alle militärischen Verbände werden aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, um Kerenski zu verhaften und ihn nach Petersburg zurückzubringen. Jede Unterstützung zugunsten Kerenskis wird als schweres Staatsverbrechen bestraft.“

Weiter richtete der allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands folgenden Aufruf an Arbeiter, Soldaten und Bauern:

„Auf der Grundlage des Willens der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf die gelungene Erhebung der Arbeiter und der Garnison von Petersburg, nimmt der Kongreß die Gewalt in seine Hand. Er wird allen Völkern einen demokratischen Frieden und einen sofortigen Waffenstillstand, der alsbald an sämtlichen Fronten eintreten soll, vorschlagen.“

Die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte wird die unentgeltliche Auslieferung der privaten, Regierungs- und Kirchenländereien an die Bauernausschüsse sicherstellen, die Rechte der Soldaten verteidigen unter Bewirkung einer vollkommenen Demokratisierung der Armee, eine Kontrolle der Arbeiter über die Erzeugung schaffen, die Einberufung der verfassunggebenden Versammlung zu gelegener Zeit sicherstellen, für die Versorgung der Städte mit den Gegenständen des dringendsten Bedarfs sorgen und allen Nationalitäten, die Rußland bevölkern, das wirkliche Recht garantieren, ihre Zukunft zu organisieren.“

Der Kongreß beschließt, daß die gesamte örtliche Gewalt auf die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte übergeht, die eine dauernde revolutionäre Ordnung herzustellen haben.

Der Kongreß fordert die Soldaten in den Schützengräben zur Wachsamkeit und Festigkeit auf. Der Kongreß ist überzeugt, daß die revolutionäre Armee die Revolution gegen alle imperialistischen Versuche zu schützen wissen wird bis zu dem Augenblick, wo die neue Regierung der demokratischen Frieden zustande gebracht haben wird, den sie auf direktem Wege allen Völkern vorschlagen wird. Die neue Regierung wird alle Maßnahmen ergreifen, um der Armee alles Notwendige zu sichern durch eine energische Politik der Auflagen und Steuern für alle begüterten Klassen. Sie wird gleicherweise die wirtschaftliche Lage der Soldatenfamilien verbessern.“

Die Parteigänger Kornilows, Kerenskis, Kaledins und anderer versuchen, Truppen nach Petersburg kommen zu lassen. Einige Abteilungen, die sich durch Kerenski hatten täuschen lassen, sind bereits auf der Seite des in Erhebung befindlichen Volks übergetreten. Soldaten! Sehet tatkräftigen Widerstand Kerenski, diesem Parteigänger Kornilows, entgegen. Eisenbahner! Haltet die Streitkräfte an, die Kerenski nach Petersburg schickt!“

Dieser Aufruf wurde mit allen gegen zwei Stimmen bei zwölf Stimmenthaltungen angenommen.“

### Der Friedensappell der sozialistischen Regierung.

Die wichtigste, die brennendste Lebensfrage aller Völker berührende Kundgebung der neuen russischen Regierung ist das offene und unzweideutige Friedensangebot, das sie an alle Regierungen und alle Völker richtet und über das die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet:

„Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte genehmigte die Bedingungen des von der russi-

ichen Regierung zu machenden Friedensange-  
boten.

Der Kongress veröffentlicht folgende Erklärung:  
Die infolge der gegenwärtigen Revolution ins  
Leben gerufene Regierung von Arbeitern und Bauern,  
die sich auf den Arbeiter- und Soldatenrat stützt, schlägt  
allen Regierungen der Kriegführenden vor, so-  
fort Vorschläge über einen gerechten demokratischen  
Frieden zu machen. Der Friede, den die russischen  
Arbeiter und Bauern fordern, soll ein  
sofortiger Friede ohne Einver-  
leibungen

sein. Hierunter sei zu verstehen, ein Friede ohne  
gewaltsame Aneignung fremder Gebiete und ohne  
Bergewaltigung fremder Nationali-  
täten, ein Friede ohne Entschädigungen.  
Die russische Regierung schlägt sämtlichen Kriegführenden  
vor, sich bereit zu erklären, sofort entschlossene  
Schritte zur endgültigen Genehmigung aller Friedens-  
bedingungen durch bevollmächtigte Abgord-  
nete aller Völker und Nationalitäten zu tun.

Unter Einverleibung oder gewaltsamer  
Gebietsaneignung versteht die russische Regie-  
rung jede Einverleibung eines kleinen schwachen  
Volkes durch eine Großmacht ohne Zustimmung  
dieses Volkes, ohne Rücksicht auf seine Kultur und  
auf seine geographische Lage in Europa oder jenseits  
des Ozeans. Einer Einverleibung oder gewaltsamen  
Aneignung würde es gleichkommen, wenn irgendwo  
eine Bevölkerung durch eine Macht gewaltsam  
festgehalten wird, und wenn ihrem Willen entgegen  
ihre das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten  
wird, oder wenn sich die Großmacht weigern sollte, aus  
ihrem Gebiet die Besatzungsgruppen zurückzuziehen  
und der Bevölkerung zu verweigern, eine eigene  
politische Regierungsform zu wählen.

Die russische Regierung verkündigt feierlich ihren  
Entschluß, einen Frieden herbeizuführen zu wollen,  
der unter den Bedingungen, die für alle Nationalitäten  
gerecht sein sollen, dem Krieg ein Ende machen wird.  
Gleichzeitig erklärt sie, daß die eben äusseren Be-  
dingungen nicht absolut maßgebend sein  
sollen. Sie ist bereit, andere Friedensbedingungen  
zu prüfen, weil sie darauf bestehen muß, daß jene  
Bedingungen sobald wie möglich den Kriegführenden  
vorgelegt werden und zwar völlig klar und unzwei-  
deutig, ohne irgendwelchen Hinterhalt. Sie verneint  
jegliche Geheimdiplomatie und ist ent-  
schlossen, die Friedensverhandlungen vor den Augen  
der ganzen Welt zu führen. Sie ist ferner entschlossen,  
alle Geheimverträge zu veröffent-  
lichen,

die durch die russische Regierung, die in der Zeit vom  
Februar bis zum 7. November dieses Jahres am  
Ruder war, genehmigt und abgeschlossen worden sind.  
Die russische Regierung fordert sämtliche Völker auf,  
sowie die Verhandlungen zum Frieden einzuleiten.  
Sie erklärt sich bereit, diese Verhandlungen durch  
schriftliche oder telegraphische Erklärungen, durch Ver-  
sprechungen zwischen Vertretern der einzelnen Länder  
oder durch eine gemeinsame Konferenz von Vertretern  
der einzelnen Länder zu bringen. Sie will,  
um diese Verhandlungen zu erleichtern, Bevollmäch-  
tigte in neutralen Ländern ernennen. Die Regierung  
schlägt ferner allen Kriegführenden einen sofortigen  
Waffenstillstand vor, und zwar glaubt sie, daß dieser

Waffenstillstand für drei Monate  
geschlossen

werden soll. Diese Zeitspanne wird genügen, um die  
Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen. Sie  
schlägt ferner vor, daß Vertreter sämtlicher Nationali-  
täten oder Länder, die an dem Kriege beteiligt sind  
bzw. in ihn hineingezogen worden sind, sich an den  
Friedensverhandlungen beteiligen sollen, und daß eine  
Konferenz von Vertretern aller Nationalitäten der  
Welt zu der endgültigen Genehmigung der festgesetz-  
ten Friedensbedingungen einberufen wird. Die Re-  
gierung der russischen Arbeiter und Bauern richtet  
sich mit diesem Friedensantrag besonders auch  
an die Arbeiter der Länder Englands,  
Frankreichs und Deutschlands,  
welche Arbeiter der Sache des Fortschritts und des  
Sozialismus die größten Dienste erwiesen haben.

Die russische Regierung glaubt, daß diese Arbeiter  
der Frage der Erlösung der Menschheit von den  
Schrecken des Krieges Verständnis entgegenbringen  
werden, und daß sie durch ihre Tatkraft mit Arbeit  
und anopfernder Selbstverleugnung helfen werden,  
den Frieden herbeizuführen, damit sämtliche Arbeiter  
von der Ausbeutung befreit werden.

Ein entschiedeneres und klareres Bekenntnis  
zu positiver Friedensarbeit ist noch nicht abgelegt  
worden.

## Was will das werden?

Wir haben im Vorstehenden eine kurze Ge-  
schichte der revolutionären Ereignisse gegeben, die  
in Rußland die Umwandlung der bürgerlich  
orientierten zur sozialen Republik bewirkt haben.  
Ueber ihre Tragweite wird noch unendlich viel  
zu sagen sein. Was sich zurzeit in Rußland ent-  
wickelt, ist die ins Riesenausmaß vergrößerte Kom-  
mune des Pariser Proletariats von 1871. Gedeih  
und Verderb der sozialen Republik Rußland hängt  
nicht allein, wir betonen es nochmals, von der  
Energie, von der politischen Klugheit und ökonomi-  
schen Organisationskraft der russischen Sozial-  
isten ab, das ganze internationale Proletariat  
trägt die Mitverantwortung für den Bestand oder  
den Untergang eines Staatswesens, das zum  
ersten Mal unter unsäglichen inneren und äußeren  
Schwierigkeiten nach sozialen Grundsätzen organi-  
siert, verwaltet und registriert werden soll. Mag das  
Schicksal dieses heldenhaften Versuches noch im  
Zeitenschoße verborgen sein, die Friedensbotschaft  
der russischen sozialen Republik wird unvergäng-  
lichen Wert haben, sie wird ein fortdauernder We-  
ruf der Massen bleiben, solange die kapitalistische  
Welt besteht.

Ein klares Bild über die Verteilung der Kräfte  
in Rußland haben wir noch nicht. Wir wissen nicht,  
welche militärischen Nachmittell Kerenski, wahr-  
scheinlich im Bunde mit Kornilow und dem  
Kosakenführer Medin sowie anderen Militä-  
rmandarinen des Fasismus, gegen die soziale Revo-  
lution ins Feld führen kann. So wenig wir direkte  
und zuverlässige Nachrichten aus Rußland erhal-  
ten, so gewaltig ist die Hochflut von unkontrollier-  
baren Meldungen, die aus den skandinavischen  
Ländern und von anderswo durch die Zeitungen  
gehen und meist der Sensationslust oder tenden-  
ziöser Stimmungsmache ihr Entstehen verdanken.  
Wir haben in dieser Kriegszeit unsere Leser schon  
sehr oft ermahnt, dem Wust von Zeitungsnachrich-  
ten kritisch gegenüber zu stehen und sie auf ihren  
Ursprung und ihre Absicht zu prüfen. Diese Mah-  
nung trifft in bezug auf die jetzigen Vorgänge in  
Rußland doppelt und dreifach zu. Vergessen wir  
nicht, daß es revolutionäre und sozialistische Hände  
sind, die zurzeit in Rußland in die Radspeichen der  
Weltgeschichte eingreifen. Der Klasseninstinkt der  
internationalen Bourgeoisie wird ein solches  
Unterfangen niemals mit objektiver Ruhe, ge-  
schweige denn Wohlwollen hinnehmen. Schon  
heult die imperialistische und reaktionäre Presse  
Frankreichs, Englands usw. über die „Maxima-  
listenbande“ in Petersburg. Und wenn auch zur-  
zeit einem Teil der mitteleuropäischen Bourgeoisie  
der Friedensvorstoß der russischen Sozialisten nicht  
unsympatisch sein mag, so wird sich doch ihr Klassen-  
interesse auslehnen gegen alle Versuche, das ge-  
heiligte Eigentum aufzuheben und das gesamte  
Staats- und Wirtschaftsleben nach sozialistischen  
und proletarisch-demokratischen Grundsätzen zu  
organisieren. Diese Auslehnung kommt natürlich  
auch in den Pressestimmen und Zeitungsnachrichten  
der Bourgeoisiepresse mehr oder weniger zum  
Ausdruck.

Auf die Tragweite der heutigen gegenwärtigen  
Vorgänge in Rußland können wir, wie gesagt,  
heute nicht eingehen. Sie wird uns noch oft be-  
schäftigen, und alle ihre Konsequenzen werden wir  
unter den heutigen Zeitverhältnissen kaum dar-  
legen können. Andeuten wollen wir sie nur mit  
den Worten eines ruhigen und im großen und  
ganzen objektiven bürgerlichen Kenners und Be-  
urteilers der russischen Verhältnisse. Herr Hans  
Vorst schreibt im „Berliner Tageblatt“:

„Eine solche Wendung der Dinge (d. h. der  
Uebergang der Staatsgewalt an das in den  
Arbeiter- und Soldatenräten organisierte Prole-  
tariat) wäre von unberechenbarer Tragweite und  
müßte in jeder Beziehung als ein gewalti-  
ger Faktor von internationaler  
Bedeutung betrachtet werden. Schon Anfang  
Mai, als wir von Stockholm aus die Persönlich-  
keit Lenins, seine rücksichtslose Konsequenz und  
seine Theorien schilderten, haben wir darauf hin-  
gewiesen, daß auf die Dauer der provisorischen Re-  
gierung von seiner Seite die Hauptgefahr drohe,  
und daß seine Agitation durchaus nicht nur als  
eine russische Angelegenheit gewertet werden dürfe.  
Jetzt, wo die Möglichkeit nahe gerückt ist, daß  
Lenin, der anerkannte Führer der grundsätzlich  
revolutionären Sozialdemokraten, die Führung in  
Rußland übernimmt, wird man sich jener Einsicht  
nicht mehr entziehen können. Lenins Herr-  
schaft bedeutet die Diktatur des  
Proletariats in Rußland, und wenn

es ihm gelingt, die Macht in die Hände zu nehmen  
und damit seine Theorien in die Praxis umzusetzen,  
so ist das ein Versuch, dessen Gelingen oder Miß-  
lingen durch anfeuerndes oder ab-  
schreckendes Beispiel einen in gleicher  
Weise bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung  
der sozialen Verhältnisse der ganzen Welt ausüben  
muß. Wenn sich die Herrschaft der Arbeiter- und  
Soldatenräte in Rußland tatsächlich verwirklicht,  
so tritt die soziale Frage riesengroß in den Vorder-  
grund und es wird noch öfter davon die Rede sein  
müssen. Man braucht auch nicht zu glauben, daß  
es leicht sein wird, Lenin die Macht wieder zu  
entreißen, wenn er sie erst an sich gerissen hat.“

## Wochenschau.

Vom 6. bis 13. November 1917.

Kriegsereignisse: An der Westfront hat das  
erbitterte Ringen nicht nachgelassen. Im skandinavischen  
Frontabschnitt stehen die Engländer nach kurzen  
Pausen immer wieder mit größeren Infanteriemassen  
vor, ohne mit ihrer Taktik der frontalen Vorstöße  
irgendwelchen größeren strategischen Erfolg erzielen zu  
können. So läuft seit Wochen Angriff und Verteilung  
auf ein zähes Ringen um eine schlammgefüllte  
Granatrichter-Wüste hinaus, denn die Ortschaften, die  
in den Heeresberichten genannt werden, sind nichts  
weiter als topographische Namensbezeichnungen der  
Generalkarte, in ihnen steht kein Stein mehr auf  
dem andern. Zu lebhafteren Kampfhandlungen kam  
es auch im oberelbassischen Frontabschnitt, wo die Fran-  
zosen im Sundgau vorstießen, ohne durchschlagende  
Erfolge zu erzielen. Wahrscheinlich soll die gesteigerte  
Kampftätigkeit der Engländer und Franzosen auch  
mit zur Entlastung der geschlagenen italienischen  
Armee dienen. — Auf dem italienischen  
Kriegsschauplatz schreitet die Verfolgung des  
zurückfliehenden italienischen Heeres von einem Fluß-  
gebiete der Friauls und der venezianischen Ebene fort.  
Nach Ueberwindung des geringen Widerstandes italie-  
nischer Nachhut am Tagliamento und der Livinza  
stehen jetzt deutsche und österreichische Truppen an der  
Piave, wo angeblich die italienische Armee zum Stehen  
gebracht werden sollte, um die Verfolgung der Gegner  
aufzuhalten. Ob die italienische Heeresleitung dabei  
auf eine wirksame Unterstützung durch englische und  
französische Truppen rechnen kann, steht noch nicht fest.  
Auch in Südtirol nimmt der Rückzug und die Auf-  
lösung der italienischen Armee ihren Fortgang. Im  
Val Sugana, durch das eine wichtige Bahnlinie nach  
Venedig führt, sind bedeutende Orte von den Oester-  
reichern besetzt worden.

Ausland: Eine überraschende Nachricht über die  
Zukunft der besetzten Gebiete im Osten erregte in  
diesen Tagen die öffentliche Aufmerksamkeit. Darnach  
sollte das bisherige russisch-Polen mit Galizien  
vereinigt und unter die habsburgische Dynastie gestellt,  
Kaiser Karl von Oesterreich sollte gleichzeitig König  
von Polen werden, während Wilhelm II. Großfürst  
von Litauen und Herzog von Kurland werden  
sollte. Wenn diese Nachricht wohl nur zunächst als  
Versuchsballon dienen sollte, so ist doch in der letzten  
Zeit offen und hinter den Kulissen auf allen Gebieten  
darauf hingearbeitet worden, eine solche Lösung der  
Ostfrage in die Wege zu leiten. Außerdem hat es den  
in Betracht kommenden Regierungen bisher stets be-  
leibt, die politische Welt in der polnischen Frage vor-  
vollzogene Tatsachen zu stellen. Die Ablehnung dieser  
dynastischen Pläne war aber fast allgemein, so grund-  
verschieden auch die Beweggründe der einzelnen Par-  
teien und Richtungen waren. Im österreichischen  
Reichsrat wurden nicht weniger als sieben Interpella-  
tionen in dieser Angelegenheit eingebracht, während  
der deutsche Reichstag noch drei Wochen warten will,  
ehe er zu den wichtigsten Zeitfragen Stellung nimmt,  
wozu in erster Linie das Friedensangebot der russi-  
schen Republik gehört. Aber dieses Hinterherhinken  
hinter den Ereignissen paßt ganz zu dem sogenannten  
parlamentarischen System, mit dem ein halbes Duzend  
Parteiführer das deutsche Volk beschenken hat. Daß  
eine Regelung der Ostfragen im angedeuteten Sinne  
eine Ungeheuerlichkeit wäre, daß damit jede Mög-  
lichkeit eines baldigen demokratischen Friedens verbarri-  
kadiert würde und alle Friedensbetreibungen der  
Regierungen Deutschlands und Oesterreichs als eitel  
Geuchelei bloßgestellt würden, bedarf keiner näheren  
Darlegung. Offizielle Beruhigungsmeldungen haben  
zwar zu versichern versucht, daß eine „endgültige“  
Regelung der Dinge noch nicht erfolgt sei, die Völker  
werden aber sehr auf der Out sein müssen, wenn sie  
die Anbahnung des Friedens nicht durch solche gewalt-  
same und einseitige Lösungen wichtiger Fragen durch-  
brechen lassen wollen.

Unter dem Eindruck der Niederlage Italiens haben die Entente-Regierungen einen ständigen Kriegsrat gebildet, der den militärischen Operationen usw. mehr Einheitlichkeit und ein größeres Zusammenwirken sichern soll. Bei den Zusammenkünften in Paris usw. haben die leitenden Staatsmänner, wie Lloyd George, Painlevé usw., wieder Reden gehalten, mit denen sie ihren unerlöschlichen Kriegswillen kundtun wollten.

In England haben die sozialistischen und liberalen Friedensfreunde im Unterhause einen beachtenswerten Vorstoß gemacht. Sie stellten den Antrag, daß die Regierung sich zu Friedensverhandlungen bereit erklären sollte. Das Reuter-Bureau hat über die Reden der Friedensfreunde so gut wie gar nichts gebracht, dafür hat es desto ausführlicher und tendenziöser die ablehnende Antwort des Ministers Bonar Law veröffentlicht. Der Antrag ist schließlich mit 232 gegen 33 pazifistische Stimmen abgelehnt worden. Immerhin beweist das geschlossene Vorgehen der pazifistischen Minderheit, daß sie draußen im Lande einen großen Rückhalt hat.

Die skandinavischen Regierungen wollen vom 2. bis 4. Dezember eine Friedenskonferenz abhalten.

\* \* \*

**Innere Politik:** Der „Vorwärts“ und die von Stampfer inspirierte regierungssozialistische Provinzpresse fliehen über von Jubelhymnen über den angeblichen Sieg des sogenannten parlamentarischen Systems in Deutschland. Worin besteht diese „gewalttätige politische Ummwälzung“? Der neue Reichskanzler Graf Hertling hat sich mit einem halben Dutzend Parteiführern über die allgemeinen Richtlinien seiner Politik unterhalten, Herr Helfferich hat nach langem Säugen und Würgen den Vizekanzler-Posten geräumt, der Fortschrittler v. Payer ist an seine Stelle getreten und der Rechts-Nationalliberale Dr. Friedberg ist Mitglied des preussischen Staatsministeriums geworden. Und um das zu decheln, haben die Ebert und Scheidemann die sozialdemokratische Partei zum Trabanten einer Mehrheit gemacht, an deren Gegnerschaft gegen ernsthafte Arbeiterforderungen und wirkliche Demokratie gar kein Zweifel ist. Die Regierungsozialisten haben sich durch ihr lafaienhaftes Verhalten jetzt im vierten Kriegsjahre und angeführt von dem Lebensnerv des Sozialismus verührenden Vorgänge in Rußland auf eine neue Werra des Burgfriedens festgelegt. Auf der Strecke geblieben ist das Vertrauen der Sozialdemokratie auf die eigene politische Kraft und die eigenen politischen Ziele. Es gehört der ganze aus Oesterreich importierte parlamentarische Kreinismus eines Stampfer dazu, in diesem kläglichen Tachtelmechtel eine große demokratische Tat zu erblicken. Die Matadore des Zentrums, der nationalliberalen und fortschrittlichen Partei mögen, wenn sie unter sich sind, nicht schlecht lachen über die krampfhafteste Anbiederung der neuorientierten „Klassenkampf“-Partei. Dem „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaften ist sie allerdings noch nicht weit genug gegangen. Es meint ziemlich unwirksam, man hätte auch die letzten Konsequenzen ziehen und mindestens einen sozialdemokratischen Minister fabrizieren müssen. Und kann es ja schließlich recht sein, wenn die braven sozialdemokratischen Staatsstößen mit Gewalt die Verantwortung bei Liquidierung des Weltkrieges tragen wollen.

Es gibt selbst bürgerliche politische Schriftsteller, die diese schnurrige Art der Parlamentarisierung Deutschlands nicht froh machen kann. Herr Hans Leusch, der eine Zeitlang persona grata und Mitarbeiter beim Stampfer-„Vorwärts“ war, nennt die Lösung der Kanzlerkrise einen Nischmasch, und das, was davon zu erwarten ist, einen Wirrwarr. Und wir können den Arbeitern nur raten, in den nächsten Wochen und Monaten an Hand der eigenen Erfahrung nachzuprüfen, was das vielgerühmte neue System in bezug auf Besserung der Lebenshaltung und politische Bewegungsfreiheit gebracht hat.

Besonders viel Schweiß haben es sich die Ebert und Scheidemann kosten lassen, den Fortschrittler v. Payer in den Sattel zu heben. Das sind dieselben Leute, die vor einigen Jahren in einer Vorstandskundgebung über den Freisinn schrieben: „Der Freisinn ist genau so eine Klassenpartei wie alle anderen Parteien, vorzugsweise vertritt er heute die Interessen weiter Kreise des Handelskapitals; . . . Der Freisinn bleibt immer eine Partei der Besitzenden, er steht mit beiden Beinen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, die durch die sozialistische zu ersetzen die historische Aufgabe des Proletariats ist. In den Entscheidungskämpfen zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Welt wird deshalb der Freisinn auch immer auf der Seite unserer Feinde zu finden sein.“ Und jetzt machen sich dieselben Leute zu poli-

tischen Lakaien der Feinde des Proletariats! Denn daß der Freisinn seinen kapitalistischen Klassencharakter geändert hat, werden sie wohl selbst kaum zu behaupten wagen.

An Stelle des Grafen Hertling ist in Bayern ein Herr von Dankl Ministerpräsident geworden.

Der Reichstag wird nicht am 22., sondern erst am 29. November zusammentreten und das Programm des „parlamentarischen“ Reichskanzlers entgegennehmen.

Die preussische Wahlrechtsvorlage ist von einer Woche auf die andere verschoben worden. Damit gewinnen die reaktionären Wahlrechtsfeinde immer mehr Zeit, ihre Ministerarbeit zu organisieren.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Saarbrücken haben Zentrum und Sozialdemokratie ihre Treue zu der berühmten Friedensresolution vom 19. Juli dadurch bewiesen, daß sie Wahlenthaltung geübt und damit einem frommen, nationalliberalen Annexionisten, dem Major Herwig, in den Reichstag verholpen haben.

Das Hilfsdienstgesetz soll nach halbamtlichen Meldungen erweitert und verschärft werden.

In den letzten Wochen ist vielfach von der Gründung eines Volksbundes für Freiheit und Vaterland die Rede gewesen. Wer hinter dieser Gründung steht und welche Triebkräfte für die Schaffung einer solchen Organisation vorhanden sind, ist im einzelnen unklar geblieben. Sicher ist nur, daß die Generalkommission der Gewerkschaften bereit ist, diesem Bunde mit dem zweifelhaften Programm beizutreten. Sie hat an die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften deswegen ein Rundschreiben erlassen, in dem es u. a. heißt:

„. . . Die Kreise, die sich um die neue Vaterlandspartei gruppieren, sind zwar nicht groß, aber desto einflussreicher. Es kommt hinzu, daß wir keine Regierung haben, die die Zeichen der Zeit versteht und bestrebt ist, die innerpolitische Neuordnung mit starker Hand gegen alle Widerstände zur Durchführung zu bringen.“

Bei dieser Sachlage können diejenigen Volkskreise, die für den Verständigungsfrieden und die Demokratisierung Deutschlands eintreten, nicht tatlos beiseite stehen und den Kampf den politischen Parteien überlassen. Zu Großes steht auf dem Spiel. Es gilt deshalb, das wirkliche Volk gegen die Reaktion mobil zu machen. Diese Aufgabe soll erreicht werden durch den Zusammenschluß aller großen wirtschaftlichen Organisationen des arbeitenden und schaffenden Volkes in einem Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Der neue Volksbund soll nicht nur die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen aller Richtungen, sondern auch die Beamtenverbände, den Hansabund (!) und andere Organisationen des Handels und des Handwerks umfassen. Er soll darüber hinaus die Kräfte in sich vereinigen, die bereit sind, die Ziele des Bundes zu unterstützen.

Die wirtschaftlichen Organisationen sollen denselben Weg beschreiten, den die Mehrheitsparteien des Reichstages gegangen sind und hoffentlich auch weiter gehen werden. Die Politik der Mehrheitsparteien des Reichstages würde durch den Zusammenschluß der wirtschaftlichen Organisationen im „Volksbund“ eine nicht zu unterschätzende Stütze erhalten.

Die Generalkommission hat zu der Frage Stellung genommen, ob unsere gewerkschaftlichen Organisationen dem „Volksbunde“ sich anschließen sollen. Sie ist der Meinung, daß es ein Fehler wäre, abseits zu stehen. — In der Vorbereitungsphase wurde von bürgerlicher Seite darauf hingewiesen, daß kleine aber mächtige Kreise und in der inneren Lage vor dem August 1914 zurückzuschrauben und die Front der Bürgerlichen gegen die angeblichen Staats- und Gesellschaftsfeinde wieder herzustellen suchen.

Dies Bestreben zu vereiteln, soll Aufgabe des „Volksbundes“ sein. Er kann sie nur erfüllen, wenn unsere Gewerkschaften, gegen die sich die erwähnten Bestrebungen in erster Linie richten, an der gemeinsamen Arbeit teilnehmen. . . .

Aber auch in der Kriegsziel- und Friedensfrage wird der „Volksbund“ einen entscheidenden Einfluß ausüben können.

Da der neue Volksbund im öffentlichen Leben voraussichtlich eine große Rolle spielen und viel angefeindet werden wird, wollen wir über die Frage des Anschlusses nicht allein entscheiden.

Wir bitten die Vorstände, möglichst bald eine Entscheidung darüber zu treffen, ob der Anschluß der Generalkommission und damit der gewerkschaftlichen Zentralverbände an den „Volksbund“ erfolgen soll.“

Aus den Tageszeitungen ist zu ersehen gewesen, daß die Instanzen des Bauarbeiter-Verbandes ihre Zustimmung zum Beitritt in den Volksbund für Freiheit und Vaterland gegeben haben. Und wie man die anderen Gewerkschaftsvorstände kennt, werden sie zumeist daselbe tun.

Nur keine Selbständigkeit! Nur kein eigenes Vorgehen! Immer hübsch mit den verkettenen Annexionisten und ausgesprochen kapitalistischen Organisationen (siehe Hansabund!) zusammenarbeiten: so treibt man am besten regierungssozialistische Friedenspolitik. Die Gewerkschaftsmitglieder aber sollen in

Bausch und Bogen als Statisten für den mehr als zweifelhaften Nischmasch der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit abkommandiert werden.

Wollen sie sich das gefallen lassen?

## Aus der Zeit.

**Geographie und Konfektion.** Der neueste „Fortschritt“ zur Hebung der Kleidernot ist gemacht. Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, siehe die Verwendung von — Landkarten zu Bekleidungszielen bevor und sei bereits von der Reichsbekleidungsstelle in die Wege geleitet. Der Unterrichtsminister soll die Provinzial-Schulkollegien und die Regierungen beauftragt haben, zu veranlassen, daß die aufgezogenen Land- und Seekarten, soweit sie nicht mehr brauchbar sind, möglichst bald abgeliefert werden. Von ihnen soll dann der Stoff abgelöst, gereinigt und besonders zu Futterstoffe verwendet werden.

Uns dünkt, die Landkarten im Originalzustande würden z. B. als Umhänge, Damenröcke und dergl. weit bessere Dienste verrichten. Sie wären haltbarer, malerischer und belehrend zugleich. Und mehr kann man doch von einem modernen Kleidungsstücke nicht verlangen.

**1 Tag Gefängnis = 1000 Mark.** Wegen Breitschneiderei sowie Kalz- und Gesselschneiderei nach Norddeutschland in großem Umfange, hat die Strafkammer in Würzburg den Kalzfabrikanten Güttnann zu 260 000 M. Geldstrafe oder einem Jahre Gefängnis verurteilt. Ob der Mann sich täglich die 1000 M. verdienen wird? Oder wird er lieber zahlen? Inzwischen kann er weiter Geld zusammenscharen.

## Jugendweihe Ostern 1918.

Die Arbeiterkinder, deren Kinder am kommenden Ostern die Schule verlassen und die ihren Sohn oder ihre Tochter an der Jugendweihe unserer Arbeiterjugend teilnehmen lassen wollen, werden ersucht, schon jetzt die Anmeldungen im Jugendsekretariat, Schilderstraße 5, Hof 2 Treppen, vorzunehmen. Die Jugendweihe findet am 17. und 24. März 1918 im Festsaale des Stadthauses, Klosterstraße, gemeinsam mit der Jugendweihe der freireligiösen Gemeinde statt. Ebenfalls werden auch die Jugendweihen im Herbst 1918 und zwar am 22. und 29. September abgehalten.

Es sei daran erinnert, daß irgendein gesetzlicher Zwang zur Teilnahme am Konfirmandenunterricht und an der Konfirmation nicht besteht. Arbeiterkinder, die kein inneres Band mehr mit der Kirche verbindet und die vielleicht auch schon das äußere Band mit der Kirche gelöst haben, werden den Wunsch haben, ihren Kindern beim Eintritt ins Leben eine Feier zugänglich zu machen, die ihrer Ueberzeugung und ihrer Weltanschauung entspricht. Eine solche Feier ist unsere Jugendweihe. Es ist selbstverständlich, daß die Teilnahme an unserer Jugendweihe die Teilnahme an einer kirchlichen Konfirmation ausschließt. Die Anmeldungen sollen schon jetzt vorgenommen werden, weil den Kindern vor der eigentlichen Jugendweihe Gelegenheit gegeben werden soll, die Grundgedanken unserer freien Weltanschauung, soweit das ihrem jugendlichen Verständnis angepaßt ist, kennen zu lernen.

Alles Nähere wird bei der Anmeldung bekannt gegeben, die wir recht bald vorzunehmen bitten.

## Arbeiter-Bildungsschule.

Der Dienstagskursus des Genossen Eduard Bernstein wird nicht, wie mitgeteilt wurde, unterbrochen, sondern nimmt seinen regelmäßigen Fortgang.

Sonntag, den 18. November, abends 8 Uhr, spricht Genossin Käthe Duncker über das Thema: „Die Abstammungslehre und ihre Beweise“.

Sonntag, den 25. November, wird Genossin Käthe Duncker das Thema: „Die Triebkräfte der Entwicklung“ behandeln.

\* \* \*

Den Mitgliedern der Wahlvereinsorganisationen sei die Bibliothek der Schule in empfehlender Erinnerung gebracht. Sie steht den Genossen und Genossinnen an den Montag-, Dienstag-, Mittwoch- und Donnerstag-Abenden von 8-9 Uhr zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung. Als Legitimation ist das Mitgliedsbuch (für die Kursusteilnehmer die Hörerkarte) vorzuzeigen.



## Ein Hauptwerk des Regierungssozialismus.

Die literarischen Produkte, den Regierungssozialismus, die Politik des 4. August zu begründen, und zu rechtfertigen, sind heute kaum noch übersehbar. Die Umlerner ruhen und rasten nicht, bis sie der erstaunten Welt die neue Heilslehre verkündet haben. Die Herren haben auch allen Grund zu diesem Eifer. Denn ihre völlige Abkehr und Preisgabe der alten sozialdemokratischen Grundzüge ist so handgreiflich, die eilig konstruierten „Prinzipien“ der Staatsstrenge und des Scheinparlamentarismus sind für wahre Sozialdemokraten so unbegreiflich und rätselhaft, daß deren systematische Propaganda für ihre Urheber verständlich erscheint.

Das vorliegende Buch\*) von Renner darf als ein Hauptwerk des Regierungssozialismus angesehen werden. Haben die Cunow, Lenin, Hähnisch, David usw. in ihren Schriften sich bemüht, eine erste Rechtfertigung des regierungssozialistischen Abmarsches ins bürgerliche Lager zu geben, so unternimmt Renner es, auf breiter Basis eine theoretische Begründung der Mehrheitspolitik zu liefern. Wegen dieser bedeutenden Sonderstellung innerhalb der sozialpatriotischen Literatur ist das Buch den Genossen zu kritischem Studium zu empfehlen.

Den Kern aller Differenzen zwischen den sozialistischen Richtungen bildet das Verhältnis zum Gegenwartsstaat. Die Erörterung dieses Problems steht denn auch bei Renner im Vordergrund. Nach dieser Auffassung hat der Staat für die Arbeiterklasse und den Sozialismus eine bisher verkannte, überragende Bedeutung, deren Umfang und Wert sich stetig steigert. Der Staat ist darnach alles, das Höchste und Einzige, Schöpfer und Träger der Wirtschaft, des Rechts, der Moral — kurz, aller der großen Faktoren, die in ihrer Gesamtheit das gesellschaftliche Leben bedeuten. Die Konsequenz daraus für die Politik der Arbeiterklasse ist die unbedingte Staatsstrenge, eben jene Politik der Mehrheit, die mit absoluter Sicherheit in das bürgerliche Lager führt.

Renner glaubt nun ganz epochemachende Entscheidungen zu machen, wenn er aus untergeordneten Erscheinungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens ein theoretisches Gebäude errichtet, dessen Grundidee und Fundamente zwar marxistisch sein sollen, in Wirklichkeit aber auf die schimmernden Illusionen von der sozialen Wirksamkeit des Staates beruhen; weil die Funktionen des Staates wesentlich andere sind, namentlich für die Arbeiterklasse, so ist der Theorie die materielle Grundlage, erscheint sie als reine Gedankenkonstruktion. Renners Theorie stützt sich allein darauf, daß im Gegensatz zu der früheren kapitalistischen Privatwirtschaft heute von einer durchstaatlichten Wirtschaft gesprochen werden kann. Es ist unmöglich, auf alle Einzelheiten einzugehen, aber ein gut Stück Phantasie und Optimismus gehört gewiß dazu, um aus der seitherigen kapitalistischen Entwicklung Folgerungen wie diese zu ziehen: „Wenn man den Ausgangs- und Endpunkt der Reihe gegenüberstellen will, kann man sagen: Privatkapitalismus hat sich in Staatskapitalismus gewandelt oder steht auf dem Wege dazu. Die fortschreitende Durchstaatlichung ist vorläufig in einigen, aber in den allerwichtigsten Zweigen der Volkswirtschaft gediehen bis zur direkten Staatsleitung der Wirtschaft. Diese direkte Staatsleitung muß sich jedoch täglich mehr gegen den Privatwillen des Kapitalisten kehren, ihr reglementieren, zwingen, beiseite schieben, geradezu erzwingen; sie muß automatisch das Privatinteresse des Kapitalisten kränken, seinen Anteil am Verwertungsprozess verringern und muß insbesondere nach Kriegsausbruch der drängenden Finanznot zufolge wachsende Teile des gesellschaftlichen Mehrwerts sich selbst aneignen. Dadurch muß die herausragende staatswirtschaftliche Epoche das Kapital aus seiner Herrschaft in die Dienerrolle zurückdrängen, der Staat selbst muß diesen Wandel erzwingen, Klassenverhältnis zwischen Bourgeoisie, Proletariat und Staat in sein Gegenteil verkehren.“ Der nüchterne und geschulte Beurteiler wird auf den ersten Blick das Illusionäre herausfinden. Sowohl die Arbeiterklasse im heutigen Staat irgend etwas erlangt hat, so doch beiseite nicht aus dem Wohlwollen oder Mitleid, sondern immer unter den heftigsten Kämpfen auf Grund der eigenen Selbständigkeit und Stärke.

Aber Renners Staatstheorie ist noch reich an weiteren Blüten, der Staat ist der unfehlbare Vahnbrecher des Sozialismus, der uns mit absoluter Sicherheit zum Ziele führt: „Obwohl die Gesellschaft im ganzen ökonomisch der Kapitalistenklasse dient, erfüllt sich ihre Gesamtorganisation, das ist der Staat, immer mehr mit Aufgaben der sozialen Verwaltung. Deutlicher gesagt: Die Dekonomie dient immer ausschließlich der Kapitalistenklasse, der Staat immer vorwiegend dem Proletariat.“ Renner fürchtet im Anschluß an diese Ausführungen, daß die „Vulgärmarxisten die Steine wider mich auflesen.“ Das ist wohl kaum zu erwarten, denn die wenigen Sätze sind so bar jeder Logik, stehen mit den vorhergehenden Darlegungen über die Durchstaatlichung der Dekonomie in so kräftigem Widerspruch, daß es nur notwendig ist, darauf hinzuweisen. Wie kann „die Dekonomie immer ausschließlich der Kapitalistenklasse dienen“, wenn die Staatsleitung „automatisch das

Privatinteresse der Kapitalisten kränkt, seinen Anteil am Verwertungsprozess verringert und wachsende Teile des gesellschaftlichen Mehrwerts sich selbst aneignet“? Zweitens: Womit soll der Staat der Arbeiterklasse dienen, wenn die Dekonomie immer ausschließlich der Kapitalistenklasse dient? Das sind nur ein Paar der handgreiflichen Widersprüche, die sich von selbst aus der vermeintlichen Rolle des Staates und den wirtschaftlichen Tatsachen ergeben.

Der Staat dient nach Renner vorwiegend der Arbeiterklasse, wer die Dinge anders ansieht, der stellt sich falsch vor. Der Staat ist für die Kapitalistenklasse keineswegs die konzentrierte „Arbeiterpolizei“, sondern die Kapitalistenklasse stellt sich den Staat nur so vor. Nun, die Arbeiter werden am besten wohl selbst wissen, ob das ledigliche Vorstellende oder Wirkliche ist. Aber Renner muß zu derartigen haltlosen Konstruktionen greifen, um das schöne Traumbild vom Staate nicht zu trüben.

Die sogenannte „Durchstaatlichung“ erstreckt sich bereits auf alle großen Gebiete, überall hat der Staat seine Hand im Spiele; Warenpreise und Arbeitslöhne unterstehen dem staatlichen Einfluß. Die Durchstaatlichung ist keine soziale Oberflächenercheinung, kein Spitzphänomen, sie ergreift die Zellen des sozialen Körpers und die Wurzeln der Volkswirtschaft. Wenn alle Einzelzüge sich ändern, ist das Antlitz nicht mehr dasselbe. Alle Klassen der Gesellschaft, auch die arbeitenden Klassen, befinden sich heute sozial in einer anderen Lage als zur Zeit von Marx. Der spezifische Unterschied aber liegt in der veränderten Rolle des Staates und des Rechts in der Dekonomie.“ Renner muß zu solcher Verallgemeinerung und Deutung erst unentwidelter Ansätze greifen, um für seine Absichten eine scheinbare Grundlage zu gewinnen. Die bisherige „Durchstaatlichung“, um bei dem Ausdruck zu bleiben, ist nur unter den opferreichen Kämpfen gegen den Staat selbst erreicht worden. So weit die Arbeiterklasse auf rechtlichem, sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiete dem Staat Zugeständnisse abgerungen hat, sind diese Errungenschaften nicht höherer Einsicht und Wohltätigkeit zu verdanken, sondern allein der entschlossenen Tätigkeit der fordernden Masse. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung und jeder neue Tag zeugt untrüglich davon, daß nicht der Staat die proletarischen Interessen bewußt fördert, daß die großen Ideale des vierten Standes nicht durch staatliche Instanzen ihrer Bewirklichung entgegen gehen.

In dem engen Rahmen dieser Besprechung ist es leider nicht möglich, die weitgehenden Untersuchungen Renners über die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat, Krieg und Bürgerrecht eingehend zu verfolgen; Renner bewegt sich durchweg auf der mittleren Linie, in bestrebt, die enge Solidarität zwischen Arbeiterklasse und Staat zu konstatieren. Die Schlüsselpunkte des Buches sind demzufolge naturgemäß in warmen Verteidigung der gesamten Mehrheitspolitik gewidmet. Die Argumentation bleibt mit anderen Worten immer dieselbe und mit drei Sätzen wie den folgenden läßt sich der tiefere Sinn des Buches klar ausdrücken: „Mit der fortschreitenden Durchstaatlichung der Volkswirtschaft müssen wir immer mehr damit rechnen, daß das Schicksal des Proletariats eines Landes mit dem Schicksal des Staates zusammenfällt. Schon heute empfinden die Proletarier: wir sind das Volk, wir sind der Staat! Damit erwacht der sozialistischen Theorie die strengste Pflicht, den Staat als organisierte Volksgemeinschaft von dem Staate als Herrschaftseinrichtung scharfer zu unterscheiden.“ Und weiter: „Es ist eben nicht zu leugnen: je größer der ziffermäßige Anteil des Proletariats am ganzen Volkskörper, je stärker sein Anteil am Kapital im Verhältnis zum Unternehmertum, je höher sein Anteil an der politischen Gewalt des Landes, um so größer das ökonomische und politische Mitinteresse und die Mitverantwortung und um so größer die physische und moralische Zwangslage, den einmal ausgebrochenen, von wem immer verschuldeten, noch so sehr gefährlichen Krieg im Interesse des Proletariats selbst so lange auf die eigene Schulter zu nehmen, als er den Charakter der Verteidigung (?) besitzt, und die Abrechnung über die Verschuldung wie über die Folgen des Krieges der inneren Auseinandersetzung nach dem Kriege vorzubehalten.“ Das alles läuft unverkennbar auf die glatte Sanktion der Politik des 4. August hinaus.

Die den Sozialismus bewegenden Streitfragen können unter den herrschenden Verhältnissen nicht einmal offen erörtert, geschweige denn gelöst werden. Seit mehr denn drei Jahren ist die Arbeiterklasse durch die Staatsgewalt gefesselt. In der kommenden Zeit des Friedens wird es sich jedoch entscheiden, ob das Proletariat „durchstaatlich“ ist oder ob es im Geiste des kommunistischen Manifests und des Offenen Antwortschreibens die Regelung seiner Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt.

## Aus dem Wahlkreise Hanau-Sockenheim-Gelnhausen-Orb.

Aus dem Wahlkreise wird uns berichtet: „Seit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Gotha sind hier die Regierungsozialisten unter Führung von Gotha eifrig an der Arbeit, Anhänger für ihre Durchhaltepolitik zu gewinnen. Wie schwer dies im Hanauer Kreise ist, haben die Herren wiederholt erfahren. Schon die Zusammenlegung ihres Vorworts weist darauf hin, daß sie „Genossen“ nehmen müßten, von denen vor dem Kriege fast keine Mitgliedsbeiträge zu erhalten waren, und die während des Krieges die Zahlung einstellten, angeblich wegen der patriotischen Haltung der Fraktion. Als die Herren reklamiert wurden, da waren sie auf einmal die Reiter der Partei, und sind jetzt die „Leiter“ des Wahlkreises der Abhängigen. Wie sich die Herren be-

mühen, und welche niedrigen Mittel sie anwenden, um in unsere Filialen einzudringen, sei nur an einem Beispiel gezeigt. Das Kreisvorstandsmitglied Schiefer, der hauptsächlich die Agitation für die Abhängigen „Leiter“, eing in eine Filiale zu unserem Kassierer, ihn zu bewegen, bei uns anzutreten. Der Sohn unseres Kassierers ist eingezogen. Schiefer verspricht, daß er dann auch dafür sorgen werde, daß dessen Sohn reklamiert würde. Man versucht mit solchen Mitteln die Genossen für die Abhängigen zu pressen. Natürlich ohne Erfolg, der Adel und Abscheu vor solcher „Agitation“ wird bei den Arbeitern noch größer. „Agitation“ wird Bewegung steht prächtig, das beweisen unsere Mitglieder-versammlungen, die alle sehr gut besucht sind. Um die Bewegung auch finanziell zu kräftigen, und die Einrichtungen des Wahlkreises anzufechten, soll eine allgemeine Beitragserhöhung im Wahlkreise plangreifen. Die Beiträge für männliche sollen von 10 auf 15 Pf., die Frauenbeiträge von 5 auf 10 Pf. erhöht werden. Die meisten Filialen haben ohne weiteres ihre Zustimmung gegeben. Die Filiale Hanau ging noch darüber hinaus und beschloß in einer am 6. 11. stattgefundenen sehr stark besuchten Mitglieder-versammlung einmütig, für Hanau-Stadt die Beiträge für Männer und Frauen um 6 Pf. zu erhöhen. Hanau zahlte seither schon 12 und 8 Pf. (die Orte des Kreises 10 und 5 Pf.) und beschloß, für männliche 18 Pf., für weibliche Mitglieder 12 Pf. wöchentlich zu erheben. Die Frauen erhalten die Frauenbeilage gratis geliefert. Diese Opferwilligkeit ist ein Beweis dafür, wie fest unsere Bewegung steht, und daß die Parteigenossen den Ernst der Situation erkennen, damit wir gerüstet sind. Nach dem Kriege werden wir sofort eine Reichstagswahl, Landtagswahl und Stadt- und Gemeindevorstandswahl zu führen haben, die reichliche Mittel fordern. Während des Krieges müssen wir große Opfer bringen, die Zentrale in Berlin, der Bezirk und Kreis brauchen jede Unterstützung, denn die Regierungsozialisten haben unsere Gelder in ihrem Besitz. Trogalledem marschiert die Unabhängige sozialdemokratische Partei.

Werdt unablässig neue Mitglieder gewinnt neue Anhänger!

## Konsumgenossenschaftliches.

Auf die Konsumgenossenschaften hat der Krieg tiefgehende Wirkungen ausgeübt. Der von den Konsumgenossenschaften geübte Großverkauf von Waren und die Abgabe derselben an die Mitglieder ist stark beeinträchtigt worden. Die in öffentlicher Bewirtschaftung genommenen Lebensmittel entzogen der Konsumgenossenschaft den Hauptteil ihrer Wirksamkeit, die gerade im Großverkauf zu billigeren Preisen und im Fortfall des Zwischengewinns liegt ja die Stärke der Genossenschaft. Sie war deshalb je länger je mehr nur auf die Verteilung der Lebensmittel angewiesen und mußte sich außerdem streng nach den festgesetzten Rationierungen richten. Die Belieferung erfolgte durch befürdliche Stellen. Daß gerade davon die Mitglieder nicht besonders erbaute waren, liegt auf der Hand. Die Konsumgenossenschaft mußte die Waren nehmen und zur Verteilung bringen, die ihr zugewiesen wurden. Sie konnte nicht wählen und so kam es, daß manchmal Waren geliefert wurden, die die Geschäftsleitung zu anderen Zeiten zurückgewiesen hätte. Dieser Zustand führte zu manchen Unlieblichkeiten, die aber auf den Kriegszustand zurückgeführt werden müssen.

Die Produktionsbetriebe der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung haben immer eingeschränkt und zum Teil stilliert werden müssen bis auf wenige kleine Betriebe und auf die Bäckerei, die nach Möglichkeit gerecht war, den an sie geschickten Anforderungen gerecht zu werden. Tatsächlich ist das in der Konsumgenossenschaft hergestellte Brot trotz aller Bemängelungen vergleichsweise immer noch das Beste, das heute hergestellt wird. Und die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung steht trotz aller durch den Krieg ihr bereiten Schwierigkeiten auf gutem sicheren Boden. Sie wird den Krieg auch gut überstehen, wenn die Mitglieder ihren gesamten Bedarf in den Verkaufsstellen decken.

Große Schwierigkeiten erwachten der Verwaltung dadurch, daß sie durch die Zerrissenheit Groß-Berlins in zahlreich Einzelgemeinden mit vielen Einzelzuweisungen zu tun hat. Jede Gemeinde Groß-Berlins, in der die Konsumgenossenschaft Verkaufsstellen unterhält, weist der Genossenschaft den nach den eingereichten Kundenlisten benötigten Bedarf zu. Dadurch kommt es, daß die Abgabe von Lebensmitteln an die Mitglieder nicht überall einheitlich ist und ein kompliziertes Rechnungswesen erfordert.

Durch das immer mehr zur Einführung gelangte System der Kundenlisten ist die Geschäftsführung etwas vereinfacht worden. Was die Verkaufspreise betrifft, so kann auch daran die Genossenschaft nichts ändern, denn sie sind behördlich festgesetzt. Alles das kommt auch in dem Bericht zum Ausdruck, den der Vorstand für das 18. Geschäftsjahr an die Generalversammlung erstattet hat und den der Referent in der Generalversammlung, Schulze, noch mündlich ergänzte nach den verschiedensten Richtungen. Die Mitgliederzahl betrug am 30. Juni 1917 108.122. Der gesamte Umsatz betrug im Jahre 1916/17 27,8 Millionen gegen 25,3 Millionen im vorhergehenden Jahre. Der Mehrumsatz ist auf die gestiegenen Preise zu buchen. Die Generalversammlungen, welche den Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates entgegennehmen, waren stark besucht. In der Diskussion brachten Mitglieder Klagen verschiedener Natur zur Sprache. Besondere Kritik wurde geübt an der Bezahlung und der Behandlung des Verkaufspersonals. Es wurde gerügt, daß der Vorstand dem Verlangen der Angefallenen nach Teuerungszulage nicht schneller und besser entsprochen habe und daß es wegen einer Differenz

\*) Marxismus, Krieg und Internationale. Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkrieg von Karl Renner. Stuttgart. Verlag von J. D. W. Metz, 1917. 384 Seiten. Preis 5 Mk.

von 2 Mark pro Monat hat zum Streit der Verkäuferinnen kommen müssen. Das hätte der Vorstand unter allen Umständen verhüten müssen, zumal die Forderungen sehr bescheidene gewesen wären angesichts der außerordentlich gestiegenen Preise für die Lebenshaltung. Der Vertreter des Vorstandes legte dar, daß die Löhne des Verkaufspersonals weit bessere seien, als wie in anderen Lebensmittelgeschäften. Und darauf komme es doch auch an. Zum Ausstand wäre es nicht gekommen, wenn das Personal weitere Verhandlungen abgewartet hätte, die vorgesehen waren. Uebrigens habe das Tarifamt dem Vorstand Recht gegeben. Dieser Vorgang wurde von den verschiedensten Rednern behandelt und es wurde mit aller Entschiedenheit gegen den Vorstand Stellung genommen, der das nötige soziale Verständnis vermissen lasse.

In einer zweiten notwendig gewordenen Versammlung beauftragte ein Vertreter der Bäcker im Gegensatz zu dem Vertreter des Handlungsgehilfen-Verbandes, daß dem Verkaufspersonal nach Möglichkeit entgegengekommen worden sei. Dem wurde andererseits lebhaft widersprochen unter wiederholter lauter Zustimmung der Versammlungsbesucher.

Lebhafteste Entrüstung erregte die Mitteilung, nach der eine Arbeiterfrau, die lange Mitglied ist, und auf eine gefundene Brotkarte habe Brot entnehmen wollen, von dem Geschäftsführer Schulze der Behörde angezeigt und auf die Anzeige hin verurteilt worden sei. Der Versammlung bemächtigte sich dieses Vorfalles wegen eine starke Empörung. Vom Vorstande wurde dargelegt, daß die Verwaltung von der Behörde streng angehalten würde, auf Unregelmäßigkeiten bei Brotentnahme mit größter Genauigkeit zu achten, da die Genossenschaft sonst schwere Gefahr laufe, die für den Bestand des Geschäfts große Nachteile haben könne. Von verschiedenen Rednern wurde diese Begründung als nicht stichhaltig bezeichnet und die Handlung scharf verurteilt. Sie wurde in Verbindung mit der Frage der Entlohnung des Personals als Beweis angesehen, daß in der Verwaltung nicht der Geist vorhanden sei, der von sozialen Gesichtspunkten aus von einer Konsumgenossenschaft verlangt werden müsse, die sich vornehmlich aus Arbeitern zusammensetze.

Aber auch den Mitgliedern müsse gesagt werden, daß sie nicht zu sehr auf hohe Dividenden setzen dürften. Die Dividendenjägeri läßt zu nichts Gutem. Die Auseinandersetzungen waren recht lebhaft. Auf Anfrage über angelegte Gelder und Darlehn wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß 200 000 Mark an die Vorwärtsdruckerei gegeben worden seien.

Für die Wahlen zum Aufsichtsrat standen sich zwei Listen gegenüber, eine vom Genossenschaftsrat und eine andere von Mitgliedern aufgestellte. Der „Vorwärts“ hatte die letztgenannte Liste als die der Unabhängigen bezeichnet. Und um diese Listen gingen die Auseinandersetzungen bei dem Punkt: Wahl von 6 Aufsichtsratsmitgliedern. Es wurde beantragt, die Umsätze der Kandidaten bekannt zu geben, eine Neuerung, die früher nie bestritten worden war. Der Antrag wurde auch abgelehnt. Schließlich kam es zur Wahl. Auf die Liste des Genossenschaftsrates entfielen, trotzdem von gewerkschaftlicher und Durchhalterseite rege Propaganda gemacht worden war, 379—378 Stimmen, während die von Mitgliedern aufgestellte Liste 1018—1024 Stimmen enthielt. Gewählt sind Paul Lange (Lantwih), Paul Brühl (Vichienberg), Franz Poppe (Adlershof), Franz Balthar (Wohnsdorf), Anna Remis (Charlottenburg), Hans Weder (Neukölln).

Es soll noch eine dritte Versammlung stattfinden. Im „Vorwärts“ erklärt die Vorwärtsdruckerei,

daß sie Wert darauf lege, festzustellen, daß sie im Jahre 1915 das Darlehn von 200 000 Mark gegen Hinterlegung von Wertpapieren von der Konsumgenossenschaft entnommen hat.

Und die Redaktion des „Vorwärts“ beeilt sich mitzuteilen, daß unter ihrer Redaktion die Abonnentenziffer gestiegen wäre im Gegensatz zur alten Redaktion. Wir müssen es besser, wie die Dinge stehen. Aber ein Steigen der Abonnentenziffer einer sozialdemokratischen Zeitung im Kriege würde noch nichts beweisen, höchstens, daß die Redaktionsführung keine sozialdemokratische ist und daß Leute, die früher bürgerliche Zeitungen geleitet hatten, heute den „Vorwärts“ gerade wegen seiner veränderten Haltung lesen.

Da würde der Wig zutreffen, der neulich in einem Variete zu hören war. Zwei Feldgrauen unterhalten sich über die Lesart. Der eine fragt den andern: Was für eine Zeitung liest du? Antwort: Früher habe ich die Vossische Zeitung gelesen, heute lese ich den Vorwärts. Darauf antwortet der erste Feldgrau: Was den Vorwärts, Mensch, das ist ja dasselbe.

## Groß-Berliner Chronik.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin SO., Adalbertstr. 41, die unentgeltlich gute Bücher unterhalten und belehrenden Inhalts an jedermann verleiht, hat am 24. Oktober ihr 18. Geschäftsjahr abgeschlossen. Das gemeinnützige Institut hat in der entsehligen Kriegszeit Tausenden und Abertausenden der Berliner Bevölkerung Ablenkung und Erholung gebracht und ist bestrebt gewesen, die geistigen Kulturbedürfnisse seiner Besucher zu befriedigen und ihre weitere Bildung durch Darbietung geeigneten Lesestoffs zu fördern.

In der Ausleihbibliothek wurden im Berichtsjahre 48 449 Bände nach Hause verliehen gegen 46 940 im Vorjahr. Von der Gesamtzahl der Entleihungen entfallen 35 348 Bände auf schöne und 13 106 Bände auf belehrende Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 2332, Geographie 1469, Naturwissenschaften 2551, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 1207, Gewerbelehre, Technik 2347, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 1494, Kunst, Musik, Literaturgeschichte und so weiter 1708 Bände. Insgesamt sind im 18. Jahre 58 055 Bände in und außer dem Hause verliehen worden; in den 18 Betriebsjahren zusammen 1 229 942 Bände.

Die Lesehalle wurde von 20 418 Personen gegen 32 405 Personen im Vorjahre, und zwar 27 464 Männern und 10 952 Frauen, in den 18 Jahren zusammen von 1 049 680 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften beträgt jetzt 518 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Lesesaal aufgestellte, 212 Bände zählende Nachschlagelbibliothek wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im 18. Betriebsjahr Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 77 865 Personen. Seit der Eröffnung vor 18 Jahren haben insgesamt 2 120 243 Personen das Institut aufgesucht.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, die jedermann zu unentgeltlicher Benutzung offensteht, ist werktätig von 5<sup>1/2</sup> bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—8 Uhr geöffnet.

Die Gemüseversorgung Groß-Berlins kam auch in der Stadtverordnetenversammlung in

Neukölln zur Sprache. Es wurde dort vom Magistrat festgestellt, daß die von dem Leiter der Reichsstelle für Obst- und Gemüse den Gemeinden so sehr empfohlenen Lieferungsverträge den Gemeinden noch lange keine Garantie zur Beschaffung von Gemüse gegeben hätten. Es habe sich, genau wie das der Oberbürgermeister von Berlin schon dargelegt hat, herausgestellt, daß die Verträge nicht erfüllt würden. Einmal würde von den Gemeinden Düngemittel verlangt, dann aber hätten die Gemüsezüchter erklärt, daß die Ernte schlecht ausgefallen sei und der Vertrag nicht erfüllt werden könne. In Wirklichkeit, so erklärte auch der Magistratsvertreter in Neukölln, werde Gemüse weit über die Höchstpreise gekauft. Da könnten die Gemeinden nicht mit, wenn sie gegen ihre Einwohner nicht frevelhaft handeln wollten. Das alles sei der Reichsstelle mitgeteilt worden. Aber der Leiter empfehle immer noch seine Lieferungsverträge als Heilmittel. Die Organisation dieser Stelle wurde vom Stadtrat hier als gänzlich verfehlt bezeichnet.

Die Lebensmittelverteilung in Dichtenberg beschäftigte die Stadtverordnetenversammlung am 8. November. Der Stadtverordnete John Geißelbe die Zuteilung von Lebensmitteln an Fabrikbetriebe. Letztere würden teilweise so stark belästert, daß sie gar nicht alles verwerten könnten und manches verderbe, während andere Frauen stundenlang anstünden, ehe sie überhaupt Ware erhalten. Genosse Paul Brühl (N. S.) trug verschiedene Klagen über städtische Verkaufsstellen vor. Weiter verlangte er die Einführung von Kundenlisten zum Kohlenbezug, damit das stundenlange Warten vor den Kohlenplätzen und Kohlenstellern aufhöre. Außerdem forderte Genosse Brühl die Mitbestimmung der Stadtverordneten bei Erwerbungen, wie der Nahrungsmittelaußschuß durch Ankauf eines Waldes zu Brennholzweiden eine solche vorgenommen hat. Vorher verwendete sich Genosse Oskar Wölke und Paul Brühl für angemessene Teuerungszulagen für die städtischen Angestellten und Arbeiter. Er wandte sich gegen die vom Magistrat und den bürgerlichen Beratern vertretene Auffassung, den Beamten mit Gehältern bis 15 000 und darüber 1000 Mk. und den übrigen bis 3000 Mk. nur 600 Mk. zu bewilligen. Beschlossen wurden Zulagen von 600, 720 und 800 Mk., nachdem ein sozialdemokratischer Antrag, allen Beamten 800 Mk. ohne Unterschied zu zahlen, abgelehnt war.

Die Schneebeseitigung im kommenden Winter soll den Hausbesitzern überwiesen werden, vor allem auch die des Fahrdammes. Es ist der Vorschlag gemacht worden, an die Bereitwilligkeit der Mieter zu appellieren. Die Mieter sollen sich in eine Liste eintragen und abwechselnd das Amt des Schneefegens übernehmen. Bisher war diese Aufgabe Sache der städtischen Straßenreinigung. Daß bei der großen Anstrengung, unter der besonders die Arbeiter und Frauen heute leiden, noch dazu bei den Ernährungsverhältnissen, sich allzu viele Freiwillige zu dieser Arbeit bereit finden, glauben wir nicht, ist auch nicht möglich. Wer sonst nichts zu tun hat, für den mag eine Stunde Schneeschippen in aller Herrgottsfrühe ganz gesund sein. Ob aber gerade diese Kreise sich früh aus dem Bette erheben, um Schnee zu schippen, ist nicht anzunehmen.

Der obigen Anregung gemäß hat das Oberkommando in den Marken tatsächlich angeordnet, daß für Reinigung des Fahrdammes durch die Hausbesitzer Sorge getragen werden soll. Bei Schneefällen am Tage hat die Arbeit sofort, bei nächtlichen Schneefällen am frühen Morgen, spätestens um 6<sup>1/2</sup> Uhr, zu beginnen.

## Die Praktischen.

Ein und befreundeter Parteigenosse sendet uns folgende Betrachtung:

Unraffbar ist die Zeit.  
Ich denke an den Tag, da wir das fünfzigjährige Jubiläum des Sozialismus feierten. Wem war da nicht alles der Mund übergequollen? Von der Wahrung einer heiligen Tradition und von urrevolutionärer Kraft des Sozialismus sprachen sie alle. Konnten sie das?

„Warum sollen wir es nicht dürfen? Warum soll uns nicht Vergangenheit schmücken? Warum sollen wir nicht uns Erinnerung schenken, von den Vorpostenabenteuern, von der Pionierarbeit und Winterarbeit gewesener Perioden?“ sagten sie.

Aber für die Gegenwart haben sie den schönen Satz: Das was war, ist nicht mehr.

Sie wollen die periodenhaft erlangten Erfahrungen zur Beherrschung der modernen Gesellschaft nützen. „Umbau durch Einbau“ — so lautet ihr Programm. Sie wollen schieben und merken nicht, daß sie geschoben werden, sie sind Rekruten der Regierung geworden. Von der Humanität ging ihr Weg über die Rationalität zur Bestialität. Sie reden vom Frieden und füttern den Krieg.

Wie kommt das?  
Sie haben es verlernt, den Grundriß zu verstehen. Die Verklünderung der naturnotwendigen Kraft des Proletariats nennen sie Phrasologie und die Zielbetonung heißen sie Schwärmerie. Gewiß, sie wünschen den Aufstieg zur Macht und haben doch nur den Willen zur Unterwerfung. Sie sind von dem Geheul zugunsten des Zweckmäßigen abgetrieben. Auf einem ganz anderen Postament stehend, sind sie sich gar nicht recht bewußt, wieviel sie von dem ehemaligen Schwur auf dem Wege der Opportunität in das Gegenteil umgedacht haben.

Sie arbeiten mit dem richtigen Augenblick und dem günstigen Moment, verkehren in Gesellschaften und Birkeln und sind Mitglieder vieler Ausschüsse. Das Heiligtum der Unterdrückten, die Volksversammlungen, wo mit lauterer Bestimmtheit für ureigene Forderungen plädiert wird, kennen sie beinahe nicht mehr. Sie kommen nicht mehr zu den Massen, um ihnen ihre Wünsche abzulassen, sondern um Erfolge vorzureden. Ueber dem Diskurs der Salons haben sie den Dialekt der Arbeiter vergessen.

Wirklich zu Hause sind sie im Parlament. Denn sie reden viel Ueber zum „Volk“ als zur Klasse. Da ist ja auch der Ort, wo sie praktizieren.

In ihrer Ehre sei gesagt, daß sie keine Realisten, sondern reine Idealisten sind. Daß verantwortliche Stellen sich um ihre Eingaben nicht einmal kümmern, hat einen einmal sogar weinerlich gestimmt. Das mag daran liegen, daß sie die realen Unterlagen nicht richtig abzuwägen verstehen. Und das kommt wieder daher, daß sie nichts erleben als ihr eigenes Wesen.

## Die bösen Unabhängigen.

In seiner Sonntagsbeilage vom 4. November brachte der „Vorwärts“ unter dem Titel „Herbstbestellung“ einige Momentbilder aus der Hausagitation für das regierungsozialistische Zentralorgan. Der feldergewandte Werber für das vor Jahresfrist den Berliner Parteigenossen unter perfider Ausnutzung des Belagerungszustandes entrißene Blatt gibt da einige Erlebnisse zum besten, die wir zu Ruh und Frommen unserer Leser hier mitteilen wollen:

„Zum drittenmal steigt ich die vier engen, ausgetretenen Treppen der Mietskaserne hinauf. Mein Besuch gilt einem Munitionsarbeiter mit wechselnden Arbeitsschichten, der deshalb nur schwer anzutreffen ist. Diesmal habe ich Glück. Ich treffe ihn zu Hause und erkenne in ihm einen mir von früher her dem Ansehen nach bekannten Genossen, der in Versammlungen und bei der Kleinarbeit stets seinen Mann gestanden. Tapfer hat er seit einem Jahre den Bemühungen der „Unabhängigen“ Widerstand geleistet und der alten Partei die Treue gewahrt. Angestrengte Arbeit verhinderte ihn, bisher irgendwelche Parteiveranstaltungen zu besuchen, und mit Freunden nimmt er die Gelegenheit wahr, durch Nachzahlung der reitierenden Beiträge auch äußerlich wieder Anschluss zu finden. Sein festes Versprechen, in Zukunft so weit als möglich wieder in alter Weise mit tätig zu sein, kann ich mit mir nehmen. Nach zwei vergeblichen Gängen beim drittenmal ein Erfolg!

„Vorwärtsabonnent? Wissen Sie auch, daß ich dies fast als Beleidigung auffasse? Ich gehöre den Unabhängigen an!“ so laut es mir aufgeregt entgegen, als ich mich wie immer auf den „Vorwärts“

berufe. „Früher war ich Abonnent, aber jetzt schon lange nicht mehr.“ — Und nun prasselt ein Hagel blöder Schimpfworte über dieses Regierungsblatt, „dieses Reptil“, „diese Redaktion von Regierungsozialisten“, die „jedes proletarische Empfinden verloren“ habe und täglich in jeder Nummer zum „Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse“ werde usw. auf mich nieder. Es bedarf für mich keines weiteren Beweises, daß zwischen meinem Unabhängigen und dem „Vorwärts“ kein Verhältnis mehr besteht. So schimpfen kann nur jemand, der ihn absolut nicht liest. Da fällt mein Blick auf den Tisch, an dem mein schimpfgewaltiger Held eben lesend gesessen hatte, und ich erblicke ausgebreitet — den „Lokal-Anzeiger“. Nun gestatte ich mir die bescheidene Frage: „Halten Sie es mit ihrer Ueberzeugungstreue für vereinbar, Abonnent dieses halbamtlichen Blattes zu sein?“ „Das ist meine Sache!“ erhalte ich mit einer einladenden Handbewegung nach dem „Loche des Zimmermanns“ zur Antwort, und niedergedonnert von soviel Logik sage ich „Adieu!“ Krachend wird hinter mir die Tür ins Schloß geworfen.

Zum zweitenmal besuche ich einen anderen „Unabhängigen“. Bei meinem ersten Besuche war er unentdeckt. Durchaus nicht einverstanden mit der Politik der Unabhängigen Partei, zahlte er ihr doch seine Beiträge. „Es ist doch der alte Bering; ihr seid die Neuen!“ war seine Entschuldigung. Den „Vorwärts“ abzubestellen, hatte er entschieden abgelehnt und doch hält ihn eine gewisse Scheu ab, mit dem unabhängigen Kassierer zu brechen. Wir verbrachten damals eine halbe Stunde anregenden Gesprächs und heute soll es sich entscheiden, wie die erbetene Bedenkzeit von ihm ausgenutzt worden ist. — Auch heute noch eine gegenseitige kurze Ansprache und — ich erhalte das Mitgliedsbuch der alten Partei, das auf zwei verschiedenen Stellen durch den blauen Stempel der unabhängigen Partei „verschönt“ worden ist, zum Untausch. Verfliegen ist die Scheu vor einer eventuellen „Lebenswürdigen“ Behandlung durch den unabhängigen Kassierer. Die gesunde Vernunft des von der Notwendigkeit einer einigen Arbeiterbewegung überzeugten Proletarier hat sie überwunden!

Die gesunde Vernunft der Berliner Proletarier, an denen die Parteigeschichte der letzten drei Jahre nicht spurlos vorbeigegangen ist, wird aus diesen

Jeder Hausbewohner im Alter von 14 bis 60 Jahren soll verpflichtet sein, den Hausbesitzer oder seinen Beauftragten bei dieser Arbeit zu unterstützen, soweit er körperlich hierzu imstande ist. Vertreter können bestellt werden. Bei Weigerung wird Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände Geldstrafe bis zu 1500 Mk. angedroht. Es wird angenommen, daß genügend Freiwillige sich bereit finden.

An diese Freiwilligen glauben wir nicht, denn sonst wäre die Verordnung nicht nötig. Aber wie steht es mit der städtischen Straßenreinigung, deren Aufgabe die Reinigung des Fahrweges doch ist. Die vielen Tausende von Arbeitern und Angestellten, die ihrem Beruf nachgehen müssen, sind gar nicht in der Lage, der Aufforderung nachkommen zu können, selbst wenn sie den besten Willen dazu hätten. Und verwunderlich muß es berühren, wenn die städtischen Behörden zu dieser Verordnung ihre Zustimmung erklärt haben sollten.

Kriegsbeschädigte und ehemalige Kriegsteilnehmer nahmen in einer vom Bund nach dem Lehrervereinshause einberufenen stark besuchten Versammlung Stellung zu der Agitation der Vaterlandspartei. Es wurde nach einem Referate folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Ueber tausend im Lehrervereinshause versammelte Kriegsbeschädigte und ehemalige Kriegsteilnehmer, die mit Einfluß ihres Lebens und ihrer Gesundheit das Vaterland verteidigt haben, sprechen der „Deutschen Vaterlandspartei“ das Recht ab, ein besonderes Maß von Vaterlandsliebe für sich in Anspruch zu nehmen. Sie protestieren dagegen, daß die Kriegsteilnehmer für Eroberungsziele in Anspruch genommen werden. Sie fordern raschesten Friedensschluß, sobald es ohne Schädigung des Reiches möglich ist, Beseitigung aller Klassenvorrechte und ausreichende Fürsorge für die Opfer der Schlachten.“

Die Kohlenentnahme in Groß-Berlin auf die Kohlenkarten erfolgt vom 7. November ab in der Weise, daß die Gruppe I bis Abschnitt 8, Gruppe II bis Abschnitt 14, Gruppe III bis Abschnitt 25, Gruppe IV bis Abschnitt 28, Gruppe V bis Abschnitt 40 die Kohlen entnehmen kann.

Die Butterration ist seit voriger Woche von 50 auf 30 Gramm herabgesetzt worden. Die Erhöhung des Margarinequantums von 30 auf 50 Gramm bildet keinen Ersatz dafür.

Frische Seemuscheln sind in größerem Umfange nach Berlin gekommen.

Die Schöneberger Stadtverordnetenwahlen am 11. November gingen unter äußerst schwacher Beteiligung vor sich. Unseren Genossen war die Agitation sehr erschwert worden. Den Regierungssozialisten kamen bürgerliche Wähler zu Hilfe. Und so erledigten sie es, daß ihre Kandidaten gewählt wurden mit Ausnahme des 3. Bezirks, wo Genosse Eduard Peterien mit 97 Stimmen gegen Rathmann (Regierungssozialist) mit 84 Stimmen als Sieger aus der Wahl hervorging. Genosse Eduard Bernstein unterlag mit bürgerlicher Hilfe den Sozialpatrioten. 54 Stimmen erhielten in 5. Bezirk Gollmik (U. S.) 54, Mohs, Regierungssozialist, 135; 6. Bezirk: Bernstein (U. S.) 29, Raganan (Reg.-Soz.) 103; 7. Bezirk: Bernstein (U. S.) 39, Kottländer 77; 9. Bezirk: Bernstein 61, Stengel 97 Stimmen. Im 11. Bezirk wurden die liberalen Kandidaten Sobel und Leonhardt mit 299 bzw. 200 Stimmen gewählt; auf Bernstein fielen 22 Stimmen. Auf diesen mit Hilfe des Bürgerturns errungenen Sieg brauchen die Regierungssozialisten nicht stolz zu sein; früher schämte man sich dessen.

Renommistereien in mehr als einer Beziehung die notwendige Anwendung zu stehen haben.

### Gedichte eines unserer Jungen.

Im Verlag von Paul Cassirer-Berlin ist vor kurzem ein Gedichtband erschienen, aus dessen Seiten das aufreißerische Leid und die schmerzvolle Lust jener jungen Generation zu uns spricht, die in dieser Maseret der Weltkatastrophe zum Bewußtsein ihrer selbst gelangt ist, mit dem Chaos ringt und diesem Ringen dichterischen Ausdruck zu geben sucht. Bruno Schönlanke, der Sohn jenes geistvollen Vorkämpfers aus dem zu einer überwundenen historischen Periode gewordenen Heldenzelt der deutschen Arbeiterbewegung, dem die proletarische Presse so viel verdankt, gehört zu diesem jungen Geschlecht und sein in Verse gegossenes Weltgefühl wird in diesem Gedichtbande zum Dolmetscher der Empfindungen, die unklar und unausgesprochen in den Herzen jener zittern, die in ändernden und blutigen Tagen den Weg aus dem Jugendlande in das reife Menschentum zurücklegen müssen. In diesen Nächten nennt Bruno Schönlanke seine Gedichtsammlung. Ein leidenschaftlicher Rhythmus geht durch seine Verse, die sich frei gemacht haben von der alten Reimkassone. Er singt von dem, was von Menschen nicht gewußt oder nicht bedacht, durch das Labyrinth der Brust wandelt in der Nacht. Aber es ist nicht die schmerzliche friedvolle Selbstbetrachtung Goethes, die aus den Nachtversen dieses Jungen klingt, sondern die Auseinandersetzung mit der heutigen, fiebernden Welt mit ihren qualvollen Widersprüchen von Arm und Reich, Prunk und Lumpen, Genuss und Entbehrung, habgierigem Massenmord und allumfassender Menschenliebe. Mag Schönlanke das Hasten und Jagen der Großstadt, ihren äußeren Glanz und ihre düsteren Winkel bestingen, mag ihn die „singende Erde“ zur dichterischen Kundgabe seiner Empfindungen zwingen, immer ist doch sein Fühlen und Dichten auf den Grundton gestimmt:

„In diesen Nächten möcht' ich weinen können  
Blutige Tränen, die das Böse mir lösen,  
Feuertropfen, die in meiner Seele brennen...“  
Besonders aufwühlend sind Schönlanke's Lieder des Gefangenen. Wer selbst in qualvoller Zelleneinsamkeit stundenlang auf und ab gewandert ist, der weiß,

Landkarten zu Bekleidungs Zwecken will die Reichsbekleidungsstelle haben. Jergend ein „findiger“ Kopf ist auf den Gedanken gekommen, nach Art verschiedener anderer Sammler alter Gegenstände auch alte Schulkarten, die auf Leinen aufgezogen sind, zu sammeln. Der zu diesen Karten verwendete Stoff soll Bekleidungs Zwecken dienstbar gemacht werden.

### Aus der Bewegung.

Aus dem Lager der Berliner Regierungssozialisten ist zu berichten, daß der Bezirksvorstand beschlossen hat, den Monatsbeitrag von 50 Pf. auf 60 Pf. zu erhöhen und daß 20 Prozent von den Beiträgen an die Bezirkskasse abgeliefert werden sollen. Bemerkenswert ist, daß die Besoldung des Bezirkssekretärs aus Mitteln des Parteivorstandes erfolgt. — Die hohen Materialpreise haben den Verlag des „Vorwärts“ genötigt, den Abonnementspreis für den „Vorwärts“ von 1,30 Mk. auf 1,50 Mk. pro Monat zu erhöhen. Außerdem machten die großen Kosten für Expeditionen eine gründliche Kenderung notwendig. Die eigenen Vorwärts-Expeditionen können nicht mehr aufrechterhalten werden. Aus diesem Grunde ist mit einer größeren Zeitungs-Expedition ein Uebereinkommen getroffen worden, nach dem die Expedition diesem Privatunternehmen übertragen wird und daß die Botenfrauen nach Möglichkeit übernommen werden. Tatsächlich ist heute die Zeitungszustellung außerordentlich schwierig und kostspielig, da Mangel an Botenfrauen besteht. Mit dieser Kenderung des Zustellungsverfahrens sind die eigenen Expeditionen wieder aufgehoben und es wird ein Zustand herbeigeführt, wie er vor vielen Jahren in Berlin bestanden hat.

Ludenwalde. Uns wird geschrieben: Eine köstliche Illustration zu der Einigungsresolution auf dem Kongress in Würzburg lieferten die Regierungssozialisten in Ludenwalde in ihrer am Mittwoch voriger Woche abgehaltenen Vereinsynode, in der der Arbeiterssekretär Sailer einen Bericht über Würzburg geben sollte. Einer unserer Genossen, der bereits 25 Jahre Mitglied der alten Partei war und kürzlich zu der U. S. V. übergetreten ist, hatte noch für den Monat November den Beitrag an die alte Partei bezahlt. Er glaubte, da er seinen Austritt aus derselben noch nicht erklärt hatte, auch berechtigt zu sein, an der Versammlung noch teilnehmen zu können. Aber kaum hatte er das Versammlungstotal betreten, da erhob sich der „zweite Direktor“ des Arbeiter-Konsumvereins und stellte an die Versammelten die Frage, ob ein eingeschriebenes Mitglied der Unabhängigen noch an den Versammlungen der alten Partei teilnehmen könne. Ihm sekundierte sofort der als Parteipapst bekannte Herr Jahn, Vorsitzender der Kreisorganisation der Unabhängigen. Er forderte einfach unseren Genossen auf, zu erklären, ob er aus der Partei der Unabhängigen austreten wolle, wenn nicht, so sei ihm ohne weiteres das Total zu verweigern. Unser Genosse lehnte selbstverständlich die Zumutung ab und bemerkte: Die U. S. V. habe das Erfurter Programm angenommen, dessen Ziel die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei bedeute. Wenn die alte Partei auch die Verwirklichung derselben erstrebe, so könne er nicht einsehen, wie er durch seinen Beitritt zu der U. S. V. die Grundsätze der alten Partei verlege oder sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht habe. Nur wegen solcher Verträge könne sein Ausschluss erfolgen. Aber auch dann müsse man nach dem Organisationsstatut vorgehen. Herr Arbeiterssekretär Sailer schwafelte etwas von Beschüssen des Parteivorstandes und -ausschusses, nach welchen kein Mitglied der alten Partei zugleich Mit-

wie da die Gedanken in die Irre gehen und wie das arme Hirn mit leuchtenden Bildern der Erinnerung und dunklem Bangen vor der Zukunft gemartert wird. Solchen widerstrebenden Stimmungen hat Schönlanke aus eigenem seelischen Erleben ergreifenden Ausdruck gegeben, und man begreift, daß solch Erleben auch mystischem Empfinden die Tür öffnet. Denn

„Die Wände werden Geister und erzählen  
Von unterdrücktem, martorvollem Sein.“

Ergreifende Töne findet Bruno Schönlanke in den Liedern auf seinen Bruder Helmut, der als ein der unzähligen Opfer des Völkermordens ins Grab sank. Anklagend und klagend tönt aus diesen Versen der Schmerz des Einzelnen und einer ganzen Welt:

„Fluch jedem Tag, der an ein Kreuz uns schlägt,  
Wie es kein Heiland bitter je empfunden,  
Fluch jedem Tag, der uns in Fesseln legt  
Von Schmerz und Qual und Millionen Wunden.  
Fluch jedem Tag, wo Menschen sich zerfallen  
Und Hekatomben armer Opfer fallen,  
Verflucht auf ewig, wer es fühllos trägt.“

Und schmerzdurchzittert ist nach all dem graufigen Geschehen auch der Ausblick auf eine bessere, feierliche Zukunft:

„O Sehnsucht du...  
Und heißer Herzen Schlag.  
Ich weiß, ich weiß,  
Es kommt ein Tag,  
Wo wiederum von Land zu Land  
Der Friede seine Flügel spannt.“

Und doch...  
Wie viele Töchter mögen blühen,  
Wie viele Sommer mögen reifen,  
Herbstbunte Wälder farbenprunken glänzen,  
In kalten Wintern Frühlingswünsche schweifen,  
Bis all die Wunden,  
Die der Krieg geschlagen  
Verharzt, vernarbt...“

„O könnten dann,  
Wenn unsre Enkel fragen,  
Wie wir geblutet und gedarbt,  
Wir sprechen: Kind,  
Es war einmal,  
Es war einmal...“  
Wecht nicht das Bild aus fernem, bösem Tagen.“

glied der Unabhängigen sein dürfe. Und die übrigen Teilnehmer schwiegen, wie sie auch vor vier Wochen in der Versammlung schwiegen, als derselbe Herr Sailer erklärte, daß er in vieler Beziehung mit den Unabhängigen sympathisiere. Unser Genosse erklärte nun, daß die Herren sich auf dieselbe Bahn begeben haben, wie die Liberalen der sechziger Jahre, als sie ihre Unfähigkeit, ihre politischen Ziele zu erkämpfen, erkannten, sich mit Haut und Haaren der Junkerregierung verschrieben. Diese Partei noch mit seinen Beiträgen zu unterstützen, habe keinen Zweck. Er erklärte seinen Austritt, sowie den Austritt seiner Frau und verließ die Versammlung. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden die Herren Regierungssozialisten auch in Ludenwalde ihr blaues Wunder erleben.

Versammlung in Dresden. In einer öffentlichen Versammlung in Dresden sprach Reichstagsabgeordneter Gener vor reichlich 400 Personen, durchweg Arbeiter und Arbeiterfrauen, über die letzten Vorgänge im Reichstag. Dabei erörterte Gener auch die Rolle, die die Fraktion der Unabhängigen während der Krisenzeit und gegenüber unserer Partei gespielt haben. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall; in der Debatte nahm niemand das Wort. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die ausgelegten Beitrittsverklärungen und Abonnementaufforderungen brachten uns eine große Anzahl neuer Mitglieder und Abonnenten auf unser Parteiblatt „Die Volkszeitung“ für den 8. Wahlkreis und Groß-Dresden.

Die Schwindsucht der Bewegung der Unabhängigen zeigt sich auch stark im Dresdener Bezirk. Im letzten Wahlkreis, Dresden-Land, dem nach Leipzig-Land stärksten in Sachsen, bringen die Unabhängigen keine ordentliche Versammlung mehr zustande. Eine Kreisversammlung im stärksten und für die Unabhängigen noch besten Bezirke, in der über den Würzburger Parteitag berichtet werden sollte, war so elend besucht, daß man sie nicht abhalten konnte. Es waren ganze 44 Personen erschienen. Ebenjoviel Menschen waren in einer „Volksversammlung“ in Rainsberg erschienen, in der Reichstagsabgeordneter Grenz sprechen sollte. Auch diese Versammlung fand infolge desselben Andranges nicht statt; zwei weitere mit Grenz als Referenten waren ebenso kläglich besucht.

Im 5. Kreise, Dresden-Mittstadt, hatte man zu einer Kreisversammlung, die zum Würzburger Parteitage Stellung nehmen sollte, etwa 40 Männlein und Weiblein aufgetrieben, meist Partei-, Gewerkschafts- und Konsumvereinsangehörige.

Um trotz dieser kümmerlichen Existenz den Schein von Bedeutung aufrecht zu erhalten, veranstalteten die Unabhängigen wieder eine Vorstellung im Zirkusgebäude in Dresden, in der Scheidemann auftraten wird.

In Leipzig hat der Ebert-Scheidemann-Vorstand einen Parteisekretär angestellt, um die Bewegung nicht ganz verenden zu lassen. Die „Freie Presse“ soll in einer eigenen Druckeret hergestellt werden, zu welcher die Vorwärtsdruckeret eine Sekundärmaschine geliefert hat, die sie nicht mehr braucht.

Wieder ein Anschlag an die U. S. V. D. Am 8. November hat eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Gruben (bei Reichen) des sozialdemokratischen Vereins des 7. sächsl. Reichstagswahlkreises einstimmig beschlossen, zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei überzutreten. Es wird erwartet, daß die nächste Kreisversammlung in demselben Sinne entscheidet und damit die Geschlossenheit des Kreises wieder herstellt.

Aus Baden wird uns geschrieben: Durch den neuesten Schimpfartikel des Karlsruhe' „Volksfreund“ erfahren unsere Parteigenossen des 7. badischen Wahlkreises, daß dieser Bezirk auf dem Würzburger Kongress durch einen Kreisdelegierten vertreten war. Herr Fabrikant M. Eitwein, Galvaniseur in Offenburg, hatte die Ehre, namens der wenigen kolbischen Reformsozialisten dem Kreis Offenburg zu repräsentieren. Es war bisher nichts davon bekannt, durch welchen Organisationsbeschluss sich jemand den Luxus leistete, vieles Geld für eine so hochwichtige Vertretung hinauszuworfen. Unter dem Tuschel früherer Mitglieder, die im Juli dieses Jahres aus der Kreisorganisation austraten, weil diese sich mit großer Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratie angeschlossen, befinden sich die Leute mit den größten Geldbeuteln. Daß diese sehr reichen Reformierten etwas daran rühten, um in Würzburg eine weitere Stimme für die Kandidatur Kolb herauszuschlagen, verhofft ihnen den Ruhm einer verdienstvollen „Aleinarbeit“ für das Proletariat. Die zwölf Offenburg'er Apostel, welche sich dem Mehrheitsbeschluss der Organisation widersetzen, und dann ihren Austritt erklärten, proklamieren sich seither im „Volksfreund“ als die einzig wahre Repräsentation der alten guten Sozialdemokratie. Obwohl der ehrliche Kolb alle für Loren erklärt, welche jetzt nicht einsehen, daß in Würzburg mit der alten Partei grundsätzlich und tatsächlich gebrochen und eine neue, nicht mehr klassenbewusste Sozialdemokratie geschaffen wurde, versichern die Offenburg'er Umlernvirtuosen immer noch ihre Kreuze zum alten Prinzip. Auf Sonntag, den 4. November, riefen sie nach Offenburg in die „Neue Pfalz“ eine Heerschaar ihrer Glaubensgenossen zusammen. Im „Volksfreund“ wurden alle Genossinnen genossen, sogar alle „Wähler“ aufgefordert, bei den Herren Eitwein u. Co. sich zur Stammrolle anzumelden. Wahrscheinlich sollte in dieser Versammlung der zum Würzburger Kongress abgeordnete Diakon den Bericht über den Parteibau ins bürgerliche Lager erstatten. Auch von dem regierungssozialistischen Landesparterhause reiste eine Abordnung nach Offenburg. Aber welche Enttäuschung! Ueber das Bäderbüdend des kolbischen Stammes kamen trotz der kostbaren Reklame des „Volksfreund“ die „Massen des Aufgebots“ nicht weit hinaus, zu einem zweiten reichte es nicht. Die ganze Woche über der begeisterte Bericht über die Reklame-Versammlung aus. An seiner Stelle kam zum Wochen-schluss ein ganz ordinärer Erguß persönlicher Be-

Schimpferei und Verächtlichmachung unserer leitenden Parteigenossen. Die Offenburger Reformierten haben an Geld und Robheit einen unerhörlichen Vorrat; bei der Arbeitererschaft werden sie darnach auch richtig eingeschätzt.

Aus Kassel wird uns geschrieben: Wie überall im lieben deutschen Vaterlande, so hat auch hier in Kassel die Vaterlandspartei zwei mit großem Tamtam vorbereitete Versammlungen abgehalten, um für einen „deutschen Frieden“ Stimmung zu machen. Beide Versammlungen waren gut besucht, verliefen aber grundverschieden. Denn während im evangelischen Vereinssaal, wo die Zuhörerschaft zu drei Teilen aus Frauen, Jungfrauen — alles in weiß natürlich — Dienstmädchen und Militär bestand, alles nach dem Schnürchen ging, fanden die Herren Veranstalter in der „Stadt Stockholm“, wo keine Frauen und Dienstmädchen, sondern Männer, und zwar im Leben gesulzte Männer versammelt waren, eine starke Gegnerschaft. Denn diese Männer verlangten, daß bei der Abstimmung über irgendwelche Resolutionen die Gegenprobe gemacht werde, was nach vielen Bindungen und Krümmungen auch zugestanden wurde. Und nun kam! Die von Annexionsgelüsten triefende Resolution wurde verlesen und diejenigen Anwesenden, die für diese Resolution seien, gebeten, die Hand zu erheben. Darauf hob ein Teilchen der Versammlung jaghaft die Hand in die Höhe. Als dann aber der Versammlungsleiter, nachdem er noch ein Weilschen auf ein Mehr des Händehochhebens gewartet hatte — vergeblich natürlich — in den Saal rief, daß diejenigen, die gegen diese Resolution seien, nun die Hand erheben möchten, da donnerte es wie aus einem Munde durch den großen Raum: „Hände hoch!“, und sonderbar, alle, auch die, die schon einmal „hochgehalten“ hatten, hielten noch einmal hoch, nur etwas ruckhafter, wie es schien. Verblüfft und verlegen karrte der Versammlungsleiter, Herr Vondrat Dr. Beck, in die Masse, meinte dann aber, daß er wohl feststellen könnte, daß viele der Resolution zugestimmt hätten. Ein Sturm der Entrüstung folgte dieser „Feststellung“, bis programmäßig die ersten Töne des „Deutschland, Deutschland“ usw. fast wimmernd aus einer Ecke des Saales hervorkamen. Einen Augenblick schien es, als würden diese Töne auch hier ausschlaggebend die allgemeine Stimmung als „eine fürs Vaterland“ stempeln, da aber brauste der Sozialistenmarisch: „Auf Sozialisten“ usw. durch den Saal und nun kroch das Häuflein „Komitee“ auf der Bühne zusammen wie eine Schafherde bei Gewittergrollen. Die Herren sahen den singend Abziehenden nach mit Gesichtern, wie sie wohl die Vohgerber gemacht haben mögen, als ihnen die Felle weggeschwemmt waren.

Auch die „Abhängigen“ oder, wie sie hier allgemein genannt werden: „die Kaisersozialisten“, fangen hier an, recht rührig zu werden. Am Sonntag, den 4. November, sollte in vier bis fünf Ortschaften des Wahlkreises Kassel-Mellungen öffentliche Volksversammlung stattfinden, mit der Tagesordnung: Sozialdemokratie und Verständigungsfrieden. Als aber in den Hauptortschäften, wo bisher 300 bis 400 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind, alle Erschienenen noch nicht einmal ein „Bäderbuben“ vollmachten, da sahen auch diese Herren den Wiederabziehenden nach, als wollten sie ihnen das bekannte und in solchen Augenblicken viel gebrauchte „Behüt dich Gott usw.“ nachrufen.

Eine Massenkundgebung. In Greiz fand am Freitag, den 9. November, in Grimm'schen Sälen eine vom Gewerkschaftskartell einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, die sich zu einer gewaltigen Kundgebung gestaltete. Der Besuch war so stark, wie man ihn nur bei den außergewöhnlichsten politischen oder gewerkschaftlichen Veranstaltungen zu verzeichnen hat. Genosse Franz Feustel sprach über „Die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse“ und übte entsprechende Kritik an den bestehenden Verhältnissen, wie er auch die Entbehrungen des Proletariats beleuchtete. Aus der Versammlung meldeten sich eine ganze Anzahl Männer und Frauen zum Wort, die ihren Gefühlen Ausdruck verliehen und um Abhilfe hinsichtlich der Teuerung und Nahrungsmittelbeschaffung ersuchten. In der Versammlung war auch der Vorsitzende des Kommunalverbandes, Regierungsrat Dr. Lenz, auf Einladung des Gewerkschaftskartells erschienen, der vom Standpunkt des Ernährungsleiters aus die Verhältnisse besprach und Aufklärung über die Lage gab. Der Referent unterbreitete der Versammlung eine Resolution, in der die Bedrängnisse des Proletariats hervorgehoben und von den Reichsbehörden Besserung gefordert wird. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, ihren ganzen Einfluß auf die genannten Behörden auszuüben, die Leiden der Bevölkerung zu mildern. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Ferner referierte Gauleiter Alban Bretschneider über „Einführung der durchgehenden Arbeitszeit“, die er als dringend notwendig bei der gegenwärtigen Ernährung bezeichnete. Die Versammlung faßte mit großer Mehrheit einen Beschluß, in dem sie sich für die angeregte Neuordnung der Arbeitszeit aussprach.

Sozialdemokratischer Verein Offenburg (7. bad. Kreis). Am Sonntag, den 16. Dezember, findet ein familiäres Zusammensein statt, wozu noch das Programm veröffentlicht wird:

### Aus den Gewerkschaften.

Einberufung eines Bauarbeiter-Verbandstages. Am 1. und 2. November tagte in Hamburg eine Konferenz des Verbandsvorstandes der Bauarbeiter mit dem Verbandsausschuß und Verbandsbeirat. Der Verband hat im Laufe des Sommers eine erhebliche Zunahme seiner Mitgliederzahl erreicht, kann aber bei den strengen Eingehungen und anderen ungünstigen Kriegsumständen auf weitere große Gewinne nicht rechnen. Ueber die vom Seeresdienst Beurlaubten wurde vielfach Klage geführt, daß sie ihre Pflicht an den Verband nicht erfüllen. Gegen die Kriegsamtsstellen wurde die Beschwerde erhoben, daß

sie nach teilweiser Erledigung des Hindenburg-Programms den Gewerkschaften wieder viel unfreundlicher gegenübertraten als bisher. Dringend gefördert wurde die Erreichung einer bedeutenden neuen Teuerungszulage. Da am 31. März nächsten Jahres die Tarifverträge ablaufen, steht eine große Lohnbewegung in Aussicht. Auch erscheint bei dem starken Sinken der Kaufkraft des Geldes eine Erhöhung der Unterhaltungsätze und die Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auch auf die Monate Januar und Februar notwendig. Dazu wäre natürlich wiederum eine Beitragserhöhung oder die Beitragszahlung für volle 52 Wochen notwendig. Bei der außerordentlich großen Bedeutung aller dieser Probleme erachtet die Konferenz die Abhaltung eines Verbandstages für unerlässlich. Die Delegiertenwahlen sollen nach der Mitgliederzahl vom 4. Quartal 1914 vorgenommen, und den im Felde stehenden Mitgliedern im Fachblatt Gelegenheit zu ausgiebiger Teilnahme an der Diskussion gegeben werden.

Von der erneuten Auszahlung einer Familienunterstützung zu Weihnachten wurde Abstand genommen, da sie weit über 1 Million Mark Ausgaben verursachen würde. Es erscheint zweckmäßiger, für Arbeitslosenunterstützung oder Neuanschaffungen oder die möglichen großen Kämpfe das Geld bis nach Kriegsende aufzusparen. Zur Vorbereitung der neuen Tarife wurde die Aufnahme einer Lohnstatistik beschlossen.

Die Bauarbeiter gehören zu der Kategorie von Arbeitern, die infolge der Teuerung besonders schwer zu leiden haben, da ihre Löhne in gar keinem Verhältnis zur Teuerung stehen. Die gemachten Zulagen sind äußerst dürftig zu nennen, welche die Organisation herausgeschlagen hat.

„Erfreuliches“ aus einer Gewerkschaft. Uns wird aus Handlungsgesellschaftskreisen geschrieben: Die Angestellten sind in noch weit höherem Maße als die Arbeiter wirtschaftlich abhängig. Diese Abhängigkeit wird ihnen so recht zu Gemüte geführt, sobald sie sich politisieren oder sich sonst irgendwie auf ihre Menschenrechte besinnen.

Angestellte und Arbeiter, die gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethode der Unternehmer ankämpfen, sucht man unschädlich zu machen, indem man sie von ihrem Arbeitsposten entfernt und somit brotlos macht. Die Angestellten und Arbeiter haben sich dagegen zu schützen gesucht, indem sie ihre Interessenvertretung und die Führung ihrer Kämpfe Kollegen übertragen, die nicht mehr ihrem Berufe nachgeben und daher auch von den Unternehmern in keiner Weise wirtschaftlich abhängig sind. Diese Kollegen, die Gewerkschaftsbeamten, müssen also ihrem Wesen nach Vorkämpfer ihrer Klassen Genossen sein. Daß dies vielfach nicht der Fall ist, hat der Krieg uns allen oft und in erschreckendem Umfange bewiesen und beweist es noch jeden Tag.

Zu den Gewerkschaftsbeamten, die sich in dieser Kriegszeit als Kämpfer ausgezeichnet haben, gehört auch Otto Urban, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Handlungsgesellschaften. Er ist mit der Generalkommission der Gewerkschaften durch dick und dünn gegangen, ganz im Gegensatz zur Handlungsgesellschafts-Zeitung, dem Gewerkschaftsorgan des Zentralverbandes, die sich wader gehalten hat, abgesehen von einer Periode, in der ein Ausschlußredakteur versucht hat, sie in den national-sozialistischen Sumpf herabzuziehen.

Die Lage der kaufmännischen Angestellten, die niemals ruhig war, hat sich während des Krieges außerordentlich verschlechtert. Welche Aktionen hat nun der Vorsitzende der Handlungsgesellschaften-Gewerkschaften dagegen unternommen? So gut wie keine. Denn selbst bei den Genossenschaften, wo die Organisationsverhältnisse doch am besten liegen, sind entweder keine oder doch nur geringe Teuerungszulagen herausgeholt worden. Diese hat man dann noch schließlich als große Errungenschaften hingestellt, wenn es sich auch nur um Erhöhungen von 5 Proz. auf 7 1/2 Proz. handelte.

Der Gewerkschaftsvorsitzende der Handlungsgesellschaften hätte es sich doch unbedingt zur Aufgabe machen müssen, mit den Genossenschaftsangehörigen zusammen alles anzubieten, damit die Konsumvereine endlich die Gehälter zahlen, die jetzt in jedem halbwegs anständigen Geschäft gezahlt werden.

Die Gehaltsfrage wird vom Hauptvorstand meist selbstherrlich über die Köpfe der betreffenden Angestellten hinweg möglichst schnell mit den gestimmungsverwandten Vorständen der Konsumvereine oder des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geregelt. Die Ergebnisse des un-demokratischen Verhaltens dieses „Gewerkschafts-Büchers“ sind, wie schon oben gesagt, recht mager ausgefallen. Er hat dafür versucht, die betreffenden Angestellten auf alle mögliche Art zu beschwichtigen.

Wenn der Hauptvorstand der Handlungsgesellschaften in der so wichtigen Gehaltsfrage so gut wie versagt hat, so kann man dies jedoch nicht von allen Gebieten seiner Tätigkeit behaupten. So hat er zum Beispiel von den schwer zusammengebrachten Geldern der schlecht bezahlten Angestellten 30 000 Mark Kriegsanleihe gezeichnet.

Da wir einmal bei den finanziellen Operationen des Hauptvorstandes angelangt sind, so wäre hier noch zu verzeichnen, daß er kürzlich 500 Mk. besondere Entschädigung für seinen 1. Vorsitzenden, Otto Urban, bewilligt hat, weil dieser auf seine Ferien „verzichtete“. Ferien werden bekanntlich zur Aufrechterhaltung der Gesundheit gegeben und von gewerkschaftlicher Seite wurde daher stets betont, daß sie nicht durch Geldabfindung abgelöst werden könnten. Wie man aber in den Kreisen der Gewerkschaftsführer im allgemeinen umgelert hat, so auch hier. Hat sich der Vorstand nicht die Frage vorgelegt, was die Mitglieder zu diesen Maßnahmen sagen werden? Um so mehr, als der Kollege Urban (wenn man sich auf den Entschädigungsstandpunkt stellt), nur 350 Mk., nicht aber 500 Mk. erhalten durfte.

Die Generalkommission und ihre Getreuen belieben oft, die Opposition als Gewerkschaftszersplitterung hinzustellen. Es gibt aber auch bei ihr eine gewisse Zersplitterung, über die man stillschweigend und hinweggeht.

In letzter Zeit ist ein Bund der Kriegsteilnehmer gegründet worden, dessen Programm ja bekannt ist. Kassierer dieses neugeborenen Bundes ist ein Herr Meier. Dieser Kassierer des Bundes der Kriegsteilnehmer, der noch nie in einer Uniform gesteckt hat, viel weniger einige Tage im Felde gewesen ist, bekleidet im Büro des Hauptvorstandes des Zentralverbandes der Handlungsgesellschaften den Posten eines Bürovorstehers. Bisher hat aber der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Handlungsgesellschaften gegen diese Zersplitterung am grünen Holz keinen Einspruch erhoben.

Da wir nun einmal beim Zentralbüro der Handlungsgesellschaften-Gewerkschaften angelangt sind, so wollen wir noch verzeichnen, daß der Vorstand Teuerungszulagen an seine beamteten Mitglieder und Angestellten zahlt. Im Gegensatz zu den Gewerkschaftsgrundlagen werden die weit höher bezahlten Vorstandsmitglieder auch mit höheren Teuerungszulagen bedacht. Bei den Frauen der Kriegsteilnehmer vergaß man dagegen die Erhöhung der Teuerungszulage verfehlentlich ganz.

Eine Aenderung der unerfreulichen Verhältnisse kann nur herbeigeführt werden, wenn die Gewerkschaftsmitglieder auf dem Posten sind und dafür sorgen, daß überall in den Ortsgruppen Kollegen und Kolleginnen an die Spitze gestellt werden, die dahin arbeiten, daß die Gewerkschaften als Kampfgarnisamente erhalten bleiben und nicht als Futterkrippe einer entarteten Gewerkschaftsbürokratie. Der nächste Verbandstag muß eine gründliche Reinigung vornehmen.

### Stadtverordneten - Ersatzwahl in Lichtenberg.

Am Sonntag, den 18. November 1917, mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr, findet im Lokal von F. Uffe, Gärtnerstr. 5, die Stadtverordneten - Ersatzwahl für den 4. Wahlbezirk der 3. Abteilung statt. Laut amtlicher Bekanntmachung wird nach der alten Wählerliste von 1914 gewählt. Es können also nur diejenigen ihr Wahlrecht ausüben, die in die Liste von 1914 eingetragen waren. Ein jeder muß sich deshalb, mit Legitimation: Militärpapier, Steuerzettel usw. versehen, rechtzeitig zur Wahl einfinden. —

In letzter Stunde erfahren wir, daß die Mehrheitssozialisten, resp. deren Stadtverordnetenfraktion, einen eigenen Kandidaten aufstellen. Sie begründen es damit, daß für den zum Stadtrat beförderten, als Stadtverordneten ausgeschiedenen Th. Ritter, weil er zur „Mehrheit“ gehört, auch wieder ein „Mehrheitsanhänger“ das Mandat bekommen muß.

Mit dieser Logik beabsichtigen die „Mehrheitsanhänger“ zweifellos alle neu zu besetzenden Mandate für sich zu beanspruchen. Da nun von unseren früheren 28 sozialdemokratischen Stadtverordneten sich nur 7 zur Unabhängigen Sozialdemokratie halten, die anderen zur Mehrheit übergetreten sind, so ist es Pflicht der Lichtenberger Genossen, zu zeigen, daß sie mit diesen Vertretern und ihrer Auffassung nicht einverstanden sind.

Parteigenossen! Es ist eure Pflicht, dem entgegenzuarbeiten, selbst wenn sich diese Leute mit den Bürgerlichen verbinden sollten! Die gesamten Lichtenberger Genossen und Genossinnen haben sich bis auf einige Ausnahmen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Deshalb dürfen auch nur Vertreter aus diesen Reihen als Stadtverordnete für uns in Frage kommen. Die wenigen übergetretenen früheren Genossen wollen das nur euch zustehende Mandat rauben!

Genossen und Genossinnen! Zeigt, daß ihr euch das nicht gefallen laßt. Jeder wahlberechtigte Genosse ist verpflichtet, sein Wahlrecht auszuüben. Gebt eure Stimme nur dem Kandidaten der Unabhängigen Soz. Partei

Theodor Schmidt.

Alle Genossen und Genossinnen Lichtenbergs, die mit diesem Mandatsraub nicht einverstanden sind, betätigen sich an der Wahlarbeit und finden sich am Sonntag, den 18. November, mittags 1 Uhr, im Schlepplokal von Marquard, Gärtnerstraße 29a, ein.

Genossen! Auf zur Wahl und Wahlarbeit! Wahlberechtigt sind alle diejenigen, die in der alten Wählerliste eingetragen waren. Zum 4. Wahlbezirk gehören nachstehende Häuser: Alt-Borghagen 27—36, Gärtnerstr. 1—10, Blaser Str. 5—7, Gröphiusstr. 16—34, Anorr-Bromenade, Krossener Str. 1—6, 25—34, Seumestraße 1—16, 21—32, Simpliconstr. 13—21, Weserstraße 26—31, Wismarplatz 1—4, Wühlischstraße 14—23, 40—49.

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schillerstraße 5. Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.